

Sio

obds

ÖSTERREICHISCHER
BERUFSVERBAND
DER SOZIALEN ARBEIT

Fachzeitschrift für Soziale Arbeit in Österreich



Das Politische der Sozialen Arbeit





Editorial

Liebe Leserin, liebe Leser*, lieber Leser!

Die gegenständliche Ausgabe der Fachzeitschrift des Österreichischen Berufsverbandes der Sozialen Arbeit – OBDS beschäftigt sich mit dem Anteil der Politik in der Sozialen Arbeit beziehungsweise den politisch aktionistischen Anteil der Sozialen Arbeit. Sowohl Berufspolitik als auch Sozialpolitik finden statt: In unterschiedlichen Gruppierungen und Situationen finden sich immer wieder engagierte Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen zusammen, um auch die aus Berufsverbandssicht unerlässliche politische Dimension der Sozialen Arbeit zu vertreten und beispielsweise an die Einhaltung der Menschenrechte auch in unserer Gesellschaft immer wieder zu erinnern und damit gesellschaftspolitisch aktiv zu werden. Diese Ausgabe versucht ein vielfältiges Bild der aktuellen politischen Aktionen und Bewegungen im und rund um den OBDS herum darzustellen, weil Sozialarbeit und Sozialpädagogik ist viel mehr als Beratung, Betreuung, Unterstützung und Kontrolle!

Viel Spaß beim Lesen und ich würde mich freuen, dich bei der einen oder anderen Veranstaltung des OBDS zu treffen!

Mag. (FH) Jochen Prusa, MA
prusa@obds.at
Geschäftsführer obds
SiÖ – Chefredakteur

Aus aktuellen Gründen wird sich die nächste Ausgabe des Fachmagazins Soziale Arbeit in Österreich mit der Digitalisierung in der Sozialen Arbeit auseinander setzen. Anbei zur Erinnerung die nächsten beiden Schwerpunktthemen im SiÖ:

*3/2018 Digitalisierung in der Sozialen Arbeit
(Redaktionsschluss 15.8.2018)*

*4/2018 Soziale Arbeit in Selbst- und Fremdbildern
(Redaktionsschluss 15.11.2108)*



*Jorin, Tiroler Landessprecher, zeigt uns - im Rahmen der Landessprecher*innenkonferenz im Juni in Salzburg - eine seiner vielen Leidenschaften.*

Bild: ©Theresa Luxner.

Inhalt

obds
newsletter
abonnieren!
Erscheint
jetzt monatlich
als E-Mail.

Standards

Editorial
Seite 2

OBDS Aktuell
Seite 4

Veranstaltungen
Seite 5

Magazin
Seite 6-8

Bücher - Infos
Seite 42

Schwerpunkt

Der intrinsische
Drang nach dem
Politischen

Jorin Massimo Flick, BA
Seite 9-12

Politische Ein-
stellungen und
Partizipation von
Studierenden der
Sozialen Arbeit in
Österreich

FH-Prof.ⁱⁿ Dipl. Soz.Päd.ⁱⁿ
(FH) Dr.ⁱⁿ Iris Kohlfürst und
Prof. Dr. Dieter Kulke

Seite 13-19

Politisches
Engagement als Teil
von Sozialer Arbeit

Interview führte
Florian Zahorka, BA MA

Seite 20-22

Soziale Arbeit als
gesellschaftskritische
Praxis

Jasmin Wagner, MA

Seite 24-28

Professionelle Soziale
Arbeit im Politischen
Spiel

Madlen Behrle
Seite 29-32

Zwischen barriere-
freiem Rechtsverkehr
und Erwachsenen-
schutz

DSA Mag.^a jur. Eringard
Kaufmann, MSc

Seite 33-35

Solidarität muss
Praxis werden -
in Innsbruck
und Überall

Sophie Lindtner

Seite 36-41

Impressum

Soziale Arbeit in Österreich (SIÖ): Fachzeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung & Politik, seit 1966; Erscheinungsort 1060 Wien

Verlagspostamt 1060 Wien, Auflage: 2.500 Stück

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger: Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit - obds, A-1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14, www.obds.at, ZVR: 275736079

Redaktion: Jochen Prusa, MA; DSAⁱⁿ Gabriele Hardwiger-Bartz; DSA Mag. Rudi Rögner; Lektorat: Mag.^a (FH) Theresa Luxner - ZeSa gem. GmbH; E-Mail: redaktion@obds.at

Gestaltung/Produktion/Versand: Werbeagentur Thomas Reiner • E-Mail: thomas.reiner@chello.at • Fotos: Titelseite: © Sarah Speckner // Fotolia, obds, zVg.

Sekretariat, Anzeigen, Abonnent*innen Service: Soziale Arbeit in Österreich, 1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14, Claudia Mehwald, Tel. 01/587 46 56; Mo-Do 9-12 Uhr,

E-Mail: service@obds.at. Wir senden gerne die aktuelle Anzeigenpreisliste zu.

Erscheinung, Preise, Abonnements: SIÖ erscheint vierteljährlich. Einzelpreis: EUR 12,00; Jahresabonnement EUR 35,00 (zzgl. Portokosten). Das Abonnement gilt für ein Kalenderjahr und verlängert sich automatisch jeweils um ein weiteres Jahr. Abbestellungen bestehender Abos sind bis drei Monate vor Jahresende mitzuteilen. Das Abo ist für Mitglieder des obds kostenlos.

Information: Über zugesandte Manuskripte freut sich die Redaktion, behält sich aber vor, diese zu redigieren oder abzulehnen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Beilage: Beltz-Juventa // Gesamtkatalog Soziale Arbeit 2018



OBDS Aktuell von DSA Mag. Alois Pözl

Konferenz der Landessprecher*innen und Landeteams

Zwanzig Engagierte haben sich am 8. und 9. Juni in Salzburg getroffen, um die Arbeit für den obds auf Landesebene zu reflektieren und weiter zu entwickeln. Die Landessprecher*innen sind von den Mitgliedern des Bundeslandes gewählt und gemeinsam mit einem Team – manchmal auch ganz allein – vertreten sie die Anliegen des Berufsstandes vor Ort. Sie pflegen den Kontakt mit den Fachhochschulen, Unis und Kollegs, sie starten Aktionen und Veranstaltungen und nehmen Stellung, wo es nötig ist. Oft wünschen sie sich mehr Unterstützung von Kolleg*innen und mehr Resonanz. Das Netzwerk des obds und die Unterstützung durch die Geschäftsführung und das Sekretariat sind dabei eine wichtige Stütze.



Die Diskussionen dieser Konferenz ergaben, dass der obds folgende drei Aufgabenbereiche im Mittelpunkt haben soll:

- Berufspolitik
- Sozialpolitik
- Mitgliederservice

Um diese Bereiche erfolgreich zu bearbeiten, leisten wir

- Vernetzung durch Publikationen, Tagungen und anderen Veranstaltungen
- Positionierung in Stellungnahmen, Politiker*innengesprächen und Medienarbeit
- Aktionistische Events

Bei der Konferenz wurden neue Projekte gestartet, die vor allem das Service für Mitglieder verbessern sollen. Mehr dazu gibt es hierzu im nächsten Heft zu lesen.

Vorstandssitzung

Am 9. Juni tagte dann auch der Vorstand des obds und schaffte eine immens dichte Tagesordnung mit dreißig Punkten. Die vielfältigen Herausforderungen auf fachlicher und sozialpolitischer Ebene benötigen die Energien einer starken Berufsvertretung. Die Abstimmung zwischen den Bereichen und quer durch ganz Österreich ist nicht ohne Diskussionen möglich, doch trägt das Netzwerk auch die Einzelnen und schafft Synergien. Aktuell sind wir über die Absicht besorgt, den Artikel 12 der

Bundesverfassung aufzulösen und zwar so, dass die bedarfsorientierte Mindestsicherung reine Bundessache wird und die Kinder- und Jugendhilfe auf Landesebene abgestuft wird. Wenn es hier keine Rahmenrichtlinienkompetenz des Bundes mehr gibt, ist die Qualität der Leistungen und die Einheitlichkeit gefährdet. Eine Arbeitsgruppe erarbeitet eine Stellungnahme, um diese Gefährdung der Kinderschutz-Standards zu bekämpfen. Zu meiner eigenen Überraschung gibt es aktuell wieder ein wenig Bewegung in der Frage des Berufsgesetzes. Ob es mehr als ein Hoffnungsschimmer ist, wird sich bald zeigen.

obds.at – Willkommen auf der neuen Homepage

Unsere Internet-Präsenz wurde aufgefrischt. Wir hoffen, Sie finden sich gut zurecht und finden, was Sie suchen. Sollte dem nicht so sein: geben Sie uns Bescheid, damit die Redakteur*innen nachbessern können!

Die Homepage spiegelt die neue Struktur des Berufsverbands wieder: Fach- und Projektgruppen ergänzen die Teams in den Bundesländern. Und der Servicebereich bietet eine Jobbörse und seit Neuestem sogar eine Rechtsberatung für Mitglieder. Die neue Bezeichnung – www.obds.at – vermeidet die Einengung auf den Begriff Sozialarbeit, denn inzwischen heißen alle Studiengänge „Soziale Arbeit“. Und auch die Sozialpädagog*innen sind nun sprachlich im Boot, anstatt nur „mitgemeint“ zu sein. Die alte URL www.sozialarbeit.at bleibt uns aber auch erhalten.



Zugleich haben wir alle E-Mail-Adressen auf die neue Domain umgestellt. Unser Büro erreichen Sie jetzt unter: service@obds.at und auch alle Bundesländer erreichen Sie so, also: wien@obds.at etc. Bitte stellen Sie Ihre Adressbücher um!

obds - live-meeting: BUTA 2018

Meine Kolleg*innen und ich freuen uns darauf, viele von Ihnen persönlich zu treffen: Kommen Sie am 12./13. November zur Internationalen Bundestagung des Berufsverbands der Sozialen Arbeit nach Seggau in der Steiermark! Am 11. 11. ist dort auch die Generalversammlung des obds. Mehr dazu finden Sie auf unserer Website: www.obds.at/buta-2018-seggau/

Veranstaltungen

Zusammengestellt von Mag. DSA Rudi Rögner

Niederösterreich

Cannabisregulierung – und die Auswirkungen auf die Suchtberatung und Prävention

Fachtagung

11.9.2018, 9:00 bis 15.30 Uhr,

St. Pölten, Fachhochschule

Veranstalter: Department Soziales der FH St. Pölten, fhstp.ac.at/de/newsroom/events/cannabis-regulierung-und-auswirkungen

Erkennen – Entscheiden – Ermöglichen

7. Tagung zu Sozialer Diagnostik
18. bis 19.9.2018, St. Pölten,
Fachhochschule

Veranstalter: Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung am Department Soziales der Fachhochschule St. Pölten, arltsymposium.fhstp.ac.at

Fehlerfrei in die psychische Krise: Herausforderung Arbeitswelt

Fachtagung

27.9.2018, Schiltern bei Langenlois,
Schloss

Veranstalter: Psychosoziales Zentrum Schiltern GmbH, schloss-schiltern.at/index.php?id=24

Steiermark

Soziale Arbeit macht Mut. Menschenrechte leben!

Bundestagung

12. bis 13.11.2018, Schloss Seggau

Veranstalter: OBDS, obds.at

Salzburg

[Des]Organisation und [Ent]Institutionalisierung in der Sozialen Arbeit

Fachtagung

20. bis 21.9.2018, Salzburg

Veranstalter: Universität Salzburg, Österr. Ges. f. Forschung u. Entwicklung im Erziehungswesen, oefeb.at/sektionen/sozialpaedagogik/

Wien

Jeder für Jeden

Messe für Menschen mit Behinderung, Angehörige und Interessierte

25.11.2018, Wien, Rathaus

Veranstalter: WiG – Wiener Gesundheitsförderung, wig.or.at

IFSW Europe Conference

Tagung

8. bis 11.9.2019, Wien

Veranstalter: IFSW Europe e.V., ifsw.org/europe/news-and-activities

Deutschland

Unsere Verantwortung für die Zukunft weltweit

25. IAVE Welt-Freiwilligenkonferenz
16. bis 20.10.2018, Augsburg

Veranstalter: International Association for Volunteer Effort (IAVE), Stadt Augsburg, iave.org/wvc2018/de

Engagement aus Erkenntnis

5. Berufskongress für Soziale Arbeit

18. bis 20.10.2018, Berlin-Spandau

Veranstalter: DBSH – Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V., berufskongress-soziale-arbeit.de/programm

Schweiz

Falsches Wohnen in der offenen Gesellschaft?

3. Fachtagung Sozialplanung und Soziale Arbeit

13.9.2018, Olten, Hochschule für Soziale Arbeit

Veranstalter: Fachhochschule Nord-

westschweiz FHNW, fhnw.ch/de/weiterbildung/soziale-arbeit

Lehrgänge

Mit den Zielen der KlientInnen arbeiten: Der Systemisch-Lösungsfokussierte Ansatz in der Sozialen Arbeit

Praxislehrgang für Soziale Arbeit, Beratung, Coaching und Therapie
12 Seminartage,

4 Gruppensupervisions-Halbtage

Beginn: 21 bis 24.11.2018

Ort: Wien

Veranstalter: Institut für Lösungsfokussierte Praxis, Netzwerk OS'T, netzwerk-ost.at

Krisenintervention

Lehrgang

2 Semester, zweitägige Seminare
einmal pro Monat

Beginn: 2.9.2019

Ort: Lochau/Vorarlberg, Schloss Hofen

Veranstalter: Weiterbildungszentrum des Landes Vorarlberg und der FH Vorarlberg, schlosshofen.at



Magazin

Zusammengestellt von Mag. DSA Rudi Rögner

Armutbericht: leichte Verbesserung

Die Merkmale, nach denen seit 2003 jährlich die Entwicklung der Armut und sozialen Ausgrenzung berechnet wird (EU-SILC, Statistics on Income and Living Conditions), sind bekannt, die neuen Zahlen wurden auch heuer wieder im Frühjahr präsentiert, im Gegensatz zu den letzten Jahren aber ohne Sozialministerin, was von einigen Medien dahingehend ausgelegt wurde, dass sie dieser Thematik bewusst wenig Raum geben wolle.

Als armutsgefährdet gelten jene Haushalte, deren äquivalisiertes Nettoeinkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens ausmacht, das waren im Vorjahr bei einem Einpersonenhaushalt beispielsweise 1.238 Euro pro Monat (zwölfmal jährlich). In armutsgefährdeten Haushalten lebten im letzten Jahr 1.563.000 Menschen, also 18,1 Prozent der Gesamtbevölkerung.

EU-weit soll entsprechend der „Europa 2020-Strategie“ innerhalb von zehn Jahren, also bis 2020, die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten um 20 Millionen reduziert werden. Auf Österreich umgelegt bedeutet das, eine Verringerung um 235.000 Personen. Ein Teil dieser Reduzierung wurde bereits erreicht, denn seit 2008 sank die Zahl der Gefährdeten um 136.000, also um 58 Prozent.

Aufgrund der statistischen Schwankungsbreite ist hinsichtlich der Zahlen zwar eine gewisse Vorsicht geboten, die positive Tendenz als solche sieht die Statistik Austria aber als abgesichert an.

Beruheten die Angaben zunächst nur auf Befragungen, werden seit 2012

auch Verwaltungsdaten einbezogen, was die Qualität der Ergebnisse erhöht.

Aus: statistik.gv.at

Thema Flucht und östliche Nachbarländer dominieren Sozialmarie-Preise

Wie in den letzten Jahren wurden auch heuer wieder 54.000 Euro an Preisgeldern für innovative Sozialprojekte im Zuge einer Festveranstaltung am 1. Mai vergeben. Teilnahmeberechtigt waren Projekte aus Österreich, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Für andere Projekte galt, dass der Ort der Umsetzung nicht weiter als 300 km von Wien entfernt liegen darf. Von den 34 nominierten Projekten wählte die Jury 15 für die Preisvergabe aus.

Sieger wurde ein Housing First-Projekt für wohnungslose Familien aus Brno, welches diesen Ansatz in Tschechien erstmals umsetzt. Den zweiten Platz errang der Buchklub Palikerav aus der Slowakei. In Kooperation mit einer AutorInnen-Initiative werden junge Roma angeregt, Bücher zu entleihen und zu lesen. Wenn sie dann auf die Facebook-Seite des Projekts eine Zusammenfassung posten, dürfen sie das Buch behalten. Veranstaltungen mit AutorInnen und Büchereien sind Teil des Projekts, welches auch eine Image-Korrektur anpeilt: Roma-Jugendliche können nicht nur gut tanzen und singen, sondern interessieren sich auch für Bildung.

Erst der dritte Preis blieb in Österreich. Über die Wiener Kuchl war an dieser Stelle schon berichtet worden. Wenn Wohnungslose in eine leere Wohnung einziehen, können sie mit dieser Bau-

anleitung eine kostengünstige Küche mit Materialien aus dem Baumarkt in Eigenregie errichten.

Ob es nun um Videos, in denen junge Geflüchtete aus Afghanistan ihren Landsleuten die österreichischen Eigenarten erklären, geht oder um den Kautionsfonds in Wien, um Fahrräder für Geflüchtete in Zagreb oder um einen Zertifikatskurs für Lehrkräfte mit Fluchthintergrund, das Thema Flucht steht bei einem Drittel der vergebenen Preise im Hintergrund. 20 Prozent der Auszeichnungen gehen an Projekte, die sich mit Hilfen für Roma befassen.

Aus: sozialmarie.org

SelbstvertreterInnen-Tagungen

Wenn Menschen mit Beeinträchtigung ihre Anliegen selbst in die Hand nehmen, hat sich dafür der Ausdruck Selbstvertretung eingebürgert. Am 7. Mai dieses Jahres fand mit insgesamt 160 TeilnehmerInnen der 2. Wiener Selbstvertretungstag statt. Die Sozialstadträtin Sandra Frauenberger übernahm die Begrüßung, MitarbeiterInnen des Fonds Soziales Wien und des Dachverbands der Wiener Sozialeinrichtungen standen dem Organisationsteam, das aus zwölf Menschen mit Behinderung bestand, zur Seite. Thema der Tagung war „Unterstützung“, neben Workshops gab es auch ein selbst gemachtes Theaterstück und eine Wunschbox.

Das Netzwerk Selbstvertretung Österreich blickt schon auf eine längere Tagungsgeschichte zurück. Von 18. bis 21. Oktober 2018 ist die elfte Tagung dieser Art im Bildungshaus in Matrei am Brenner/ Tirol geplant.

Um die Unterstützung und Vertre-

tung von KollegInnen geht es beim österreichweiten Selbstvertretungs-Kongress der Lebenshilfe von 19. bis 21. Juni 2018 in Wien.

Aus: behindertenarbeit.at u.a.; selbstbestimmt-leben.net; lebenshilfe.wien/selbstvertretungskongress

Scheidungsfolgen für Kinder auch positiv sehen

Eine Befragung unter 117 Studierenden der Sozialen Arbeit an einer niedersächsischen Hochschule ergab, dass mit einer Scheidung überwiegend negative Folgen für die Kinder assoziiert werden. Jürgen Beushausen (Erziehungswissenschaftler und Sozialarbeiter) bedauert dies, denn dies führe tendenziell auch zu einer Beratung, in der mehr über belastende Probleme als über Schutzfaktoren gesprochen wird. Konzentriere sich eine Beratung zu sehr auf die negativen Scheidungsfolgen, können diese im Sinne einer self-fulfilling prophecy sogar verstärkt werden. Beushausen schlägt vor, den medizinischen Begriff des Nocebo-Effekts auch in der psychosozialen Beratung anzuwenden. Während der Placebo-Effekt die gewünschten Wirkungen eintreten lässt, ruft der Nocebo-Effekt beispielsweise die unerwünschten Nebenwirkungen hervor, wenn sie beispielsweise zu sehr beim ärztlichen Aufklärungsgespräch im Vordergrund stehen (lat. nocere = schaden).

Beushausen ruft die Forschungsergebnisse in Erinnerung, wonach sich zwei Jahre nach einer Scheidung die beobachteten Reaktionen wieder normalisieren. Er schlägt daher vor, in der Begleitung der Betroffenen weniger über Risikofaktoren, sondern stärker über Schutzfaktoren zu reden. Das können Menschen aus dem sozialen Umfeld sein, welche bei der Bewältigung der Umstellung zur Seite stehen können, Freunde oder die Schulklasse. Den Eltern könnte man das Gespräch

mit Bekannten empfehlen, welche die Scheidung positiv erlebt haben oder die Lektüre entsprechender Biografien. Die Einnahme dieser grundsätzlich optimistischen Perspektive sieht er auch im deutschen Familienrecht seit der Neukonzeptionierung 2009 gefordert, während gerade populärwissenschaftliche Scheidungsratgeber noch sehr weit davon entfernt sind.

Aus: Soziale Arbeit 3/2018

Sozialarbeit als besserer Lehrberuf?

Hamburg und München planen die Errichtung eigener Studiengänge für den Nachwuchs für die städtischen SozialarbeiterInnen-Dienststellen. Der Stadtsenat Hamburg schrieb die Errichtung eines eigenen Studiengangs „Soziale Arbeit im öffentlichen Dienst“ für mittelfristig 60 Studierende an einer privaten Hochschule aus. Die Studierenden werden von der Stadt ausgewählt und schon während des Studiums als BeamtenanwärterInnen bezahlt. Damit verbunden ist eine Einflussnahme der Stadt auf die Studieninhalte.

Die Fachöffentlichkeit, Hochschulen und WissenschaftlerInnen wandten sich gegen die Pläne der Stadt und forderten demgegenüber die Ausweitung der Zahl der Studienplätze an den bestehenden Hochschulen und die Wiedereinführung des Berufsanererkennungsjahrs.

Die Stadtverwaltung München fürchtet durch die Pensionierungswelle in einigen Jahren eine Personalknappheit. Daher möchte sie 20 Studienplätze pro Jahr an einer privaten Hochschule finanzieren. Auch hier werden die Studierenden von der Stadt ausgewählt. Im Ausschreibungstext ist zudem die Einflussnahme auf Konzeption, Lehrinhalte, Stoffverteilung und Schwerpunktsetzung vorgesehen.

Auch an anderen Standorten ist die Neuerrichtung von privaten Stu-

diengängen an profitorientierten Hochschulen zu beobachten, oft in Kooperation mit Trägern aus dem evangelischen Umfeld.

Demgegenüber fordern Vertreter des Berufsverbands die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, dadurch fänden sich genug Interessierte. Weiters sehen sie durch diese Entwicklungen die Eigenständigkeit der Profession der Sozialen Arbeit und die Unabhängigkeit der Forschung gefährdet.

Aus: FORUMSozial 4/2017-1/2018

Klischees und Witze in der Sozialen Arbeit

SozialAktuell, die Zeitschrift des Schweizer Berufsverbands für Soziale Arbeit, widmete den Schwerpunkt ihrer letzten Nummer den Klischees in unserem Berufsfeld. Im Hauptartikel verweist der Sozialwissenschaftler Heiko Kleve auf eine Sammlung von SozialarbeitInnen-Witzen. Diese können, so seine These, durchaus für die Erörterung der Fragen herhalten, wie wir SozialarbeiterInnen unsere Arbeit verstehen und welches Bild unser Umfeld von uns hat.

In den Witzen werden Klischees der Sozialen Arbeit sichtbar, manche Beschreibungen wirken absurd, dennoch können sie eine gewinnbringende Selbst-Reflexion anregen oder als Monitor dienen, auf dem wir sehen, wie wir wahrgenommen werden.

Beispielsweise zeige, so Kleve, folgender Witz die wichtige Funktion von Sozialarbeit auf, Prozesse aus guten Gründen zu verlangsamen und Zeit für fundiertere Überlegungen zu schaffen. „Wie viele Sozialarbeiter braucht man, um eine Pizza zu bestellen? – Wenn es schnell gehen soll, keinen.“

Dass die sozialarbeiterische Kommunikation die Entscheidungsverantwortung bei den KlientInnen lassen will, bringt dieser Witz in übertreibender Weise zum Ausdruck: „Geht ein Sozialarbeiter zum Standesamt, um sein

Kind anzumelden. Fragt der Standesbeamte: ‚Wie soll es denn heißen?‘ Antwortet der Sozialarbeiter: ‚Ach lassen Sie das noch offen, das soll es später einmal selbst entscheiden.‘“

Näheres: SozialAktuell 4/2018; psychologie-aktuell.info/reha/service/witze/sozialarbeiterwitze

Alexander Maly geht in Pension

Im April dieses Jahres erreichte Maly sein Pensionsantrittsalter. Seine berufliche Tätigkeit hinterließ in mehreren Bereichen und in der Wiener SozialarbeiterInnen-Szene Prägungen. Er gründete vor 30 Jahren mit anderen die Schuldnerberatung Wien und führte sie seit 2005 als Geschäftsführer. In der ASB, dem Dachverband der Schuldnerberatungen Österreichs, wirkte er jahrelang als Beirats-Vorsitzender mit. Mehrere SozialarbeiterInnen-Generationen kennen ihn als Vortragenden bei diversen Fortbildungen und an der Fachhochschule, und er schrieb zwei Bücher (davon eines als Koautor). Energie für Innovationen behielt er bis zuletzt, er gründete vor einigen Jahren das mittlerweile in vielen Bundesländern bekannte „Betreute Konto“, und erfand die AssistenzApp/Haushalt für Pflegekräfte.

Sein politischer Zugang zur Sozialarbeit wurde in seiner Mitarbeit im OBDS, wo er eine Periode hindurch den Vorsitz innehatte, und in der offensiven Öffentlichkeitsarbeit generell sichtbar.

Wenn Menschen in die Schuldenfalle geraten, sollten seiner Auffassung nach nicht primär die Betroffenen belehrt und erzogen werden, sondern die Gläubiger durch gesetzliche Regelungen zu wirtschaftlich nachhaltigem Handeln angehalten werden, sodass Schulden-Machen weniger attraktiv wird. Diese Position vertrat er bei den zahlreichen Interviews mit Radio, TV und Printmedien und bei den Arbeitskreisen im Justizministerium.

Weiters: fsw.at/n/30-jahre-schuldnerberatung-wien; schuldnerberatung.wien.at/aktuelles; wien.orf.at/news/stories/2906975/

11. Armutskonferenz weist auf negative Statusfolgen hin

Mit 400 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Selbsthilfeinitiativen, sozialen Organisationen, Bildungseinrichtungen und Armutsbetroffenen fand heuer im März die 11. Tagung dieser Art statt. Ruth Patrick von der University of Liverpool berichtete aus ihren Forschungsergebnissen über die öffentliche Stigmatisierung: „Das schlechte Reden über Menschen, die wenig haben, wird gezielt eingesetzt,“ das funktioniere wie eine „Anti-Sozialstaats-Maschine, wie ein Panzer, der alle anderen Lebensrealitäten niederwalzt, der alle negativen Erzählungen vor sich her schiebt.“

Eine aktuelle Studie aus Oxford brachte zum Vorschein, dass die Kürzung der Wohnbeihilfe in England bei Personen aus Niedrigeinkommenshaushalten zu einem zehnpromtigen Anstieg von Erschöpfungsdepressionen geführt hat.

Aus: armutskonferenz.at

Mindestsicherung neu: Erstmals als Grundsatzgesetz des Bundes

Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe war ein Ministerratsvortrag veröffentlicht worden, eine Piktation zur Beschlussfassung im Ministerrat, der Gesetzesvorschlag soll in Bälde folgen. Wie medial sehr häufig angekündigt, soll bei Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft und bei Haushalten mit mehreren Personen künftig kräftig gekürzt werden. Die derzeitige Höhe für eine alleinstehende Person bleibt zwar mit der Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes gleich (2018: 863,04 Euro), wird aber als Höchstgrenze für die einzelnen

Ländergesetze festgelegt, die Gewährung einer Mietbeihilfe ist in diesem Papier nicht vorgesehen.

Das eine Sparziel wird durch die Einführung eines sogenannten Arbeitsqualifizierungsbonus erreicht, denn 300 Euro (von den 863,04 Euro) werden nur an jene ausgezahlt, welche über einen österreichischen Pflichtschulabschluss verfügen. Andere müssen stattdessen eine Deutschprüfung auf dem Niveau von B 1 (untere Mittelstufe, Voraussetzung für die Einbürgerung) und anderes nachweisen.

Bei Mehr-Personen-Haushalten vermindern sich anstatt der niederösterreichischen Deckel-Regelung, welche der VfGH aufhob, die Richtsätze für die Kinder mit deren Anzahl (von 25 % für das erste Kind bis 5 % ab dem dritten von den 863,04 Euro).

Nachdem die Verhandlungen für eine Verlängerung der § 15a-Vereinbarung vor zwei Jahren gescheitert waren, ist ein neuer Anlauf zu einer bundeseinheitlichen Regelung erfreulich. Gegen die Kürzungen und gegen die geplante Abschaffung der Notstandshilfe protestieren die SPÖ und viele NGOs vehement und rufen zur Unterstützung von Petitionen auf (siehe unten). Neu ist in dieser Piktation auch die Aufweichung des Fürsorgeprinzips. Durch den neuen Grundsatz, dass jene mehr erhalten sollen, die bisher mehr eingezahlt haben, rückt die Mindestsicherung näher an das Versicherungsprinzip heran. Dadurch droht die Gefahr, dass manche Gruppen im Stich gelassen werden. Weiters soll die Mindestsicherung neuerdings auch fremdenpolizeilichen Zielen dienen.

Hervorgehoben werden im vorliegenden Text die Möglichkeiten der Sanktionsmaßnahmen, was eher der Optik geschuldet sein dürfte, da es diese ohnehin schon im großen Umfang gibt.

Aus: 20/16 MRV Mindestsicherung neu; armutskonferenz.at; reflektive.at; auge.or.at; wir-gemeinsam.at



Der intrinsische Drang nach dem Politischen

Text: Jorin Massimo Flick, BA

Hat der Mensch in seinem Wesen eine Motivation an der Gesellschaft nicht nur teilzuhaben, sondern sie auch mitzugestalten und zu formen? Besitzt er einen intrinsischen Drang sein Leben und insbesondere das Leben seiner Mitmenschen mitzugestalten? Dieses Innere des Menschen, welches nach außen dringt, nennen wir politisch tätig zu sein.

„Politik ist die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/ oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zu gute kommender Entscheidungen“ (Meyer 2003, 41).

In der Wissenschaft sind drei Arten des Menschen verbreitet, der „homo sociologicus“, der „homo oeconomicus“ und der „homo politicus“. Sie könnten auch durch den Menschen, der nach dem Politischen und dem Gemeinschaftlichen strebt, den Menschen, der nach sozial zu erwartenden Normen und Werten handelt und den Menschen, der eine rationale ökonomische Sicht auf die Welt hat, beschrieben werden (vgl. Kron/Winter 2009, 44,45,59). Der Mensch ist nach Aristoteles ein „von seiner Natur her auf das Leben in der geordneten politischen Gemeinschaft angelegtes Lebewesen“ (Weber-Schäfer 1976, 38). Weiter wird ausgeführt, dass der Mensch „von Natur politisches – also zum Zusammenleben in der Polis fä-

higes und bestimmtes – Lebewesen“ ist (Weber-Schäfer 2000, 13; Herv. im Orig.). Unter Polis ist die Stadt, der Staat zu verstehen, die Gemeinschaft der Menschen einer Gemeinde. Zur Einordnung muss festgehalten werden, dass zur damaligen Zeit im alten Griechenland die Mehrheit der Menschen nicht befähigt war, ihr politisches Verlangen auszuleben, da „Frauen, zum anderen die Sklaven [...] keine Bürgerechte“ besaßen (vgl. Sorg 2001, 42).

Diese Bestimmung als von Natur aus politisches Lebewesen wird noch erweitert, mit der Aufforderung zum Altruismus. „Denn, auch wenn das Gute für den Menschen das gleiche ist wie das Gute für die Polis, erscheint es besser und vollkommener, es für die Polis zu erreichen und zu erhalten“ (Weber-Schäfer 1986, 48). Die Verknüpfung mit der Glückseligkeit schließt den Kreis, da „der Mensch als politisches Lebewesen nur in einer intakten Verfassung zum guten Leben, zum Glück gelangen kann“ (Kullmann 1998, 399). Diese Vorstellung von Glück kann selbstredend, je nach individueller Sichtweise, anderes eingeordnet und erweitert werden. Es erscheint sinnvoll, den Menschen in der ganzen Art und Weise seines Wesens anzuschauen. Der Mensch ist ein politisches Wesen mit einem Drang nach Gemeinschaft, Zusammengehörigkeit und Gruppengefühl. Die Frage nach der Identität des eigenen Seins des

Menschen steht vor allen weiteren Beschäftigungen mit den Bedürfnissen, Vorstellungen und Wünschen des Individuums.

„Das Politische hat jedoch von Anfang an mit kollektiven Formen der Identifikation zu tun, geht es in diesem Bereich doch stets um die Ausbildungen eines ‚Wir‘ im Gegensatz zu einem ‚Sie‘“ (Mouffe 2014, 25). Es kann somit nichts Politisches geben, ohne dass Menschen in Verbindung zu sich und anderen stehen. Dieser Logik folgend, kann der Mensch nach dem Austauschprozess mit Anderen ein eigenes Selbst gestalten, welches dann ein Gefühl oder Verlangen nach Gestaltung innehat, das als Form des Politischen gesehen werden kann. So beschreibt es auch Frau Mouffe in ihren Ausführungen in ihrem Buch „Agnostik, Die Welt politisch denken“: „Eine kollektive Identität, ein ‚Wir‘, ist das Ergebnis einer leidenschaftlichen affektiven Investition, die zwischen den Mitgliedern einer Gemeinschaft ein starkes Identifikationsgefühl entstehen lässt“ (Mouffe 2014, 80).

Dem Philosophen „Mead zufolge ist Identität bei der Geburt noch nicht vorhanden, sondern entsteht in einem sozialen Erfahrungs- und Tätigkeitsprozess. [...] Dabei unterscheidet er zwei Dimensionen des ‚self‘: das ‚I‘ und das ‚me‘. Durch die Übernahme der Haltungen anderer dem Individuum gegenüber wird das ‚me‘ konstru-

iert, jener objektive Teil der Identität, dessen sich der Mensch selbst bewusst ist und der nach einer Reaktion verlangt“ (Rohlf's 2015, 138). „Dieser Moment der Konstruktion eines kollektiven Willens über Gegensätze hinweg, behaupte ich, ist der entscheidende politische Schritt, ohne den man keine angemessene Strategie entwickeln kann“ (Mouffe 2014, 173). Das Verlassen des individuellen hin zu einem gemeinschaftlichen Gedanken ist der Inbegriff von Kooperation, die bei einem gemeinsamen politischen Gedanken von absoluter Notwendigkeit ist. Diese Gemeinschaft entsteht durch Abgrenzung, „denn jede Form der kollektiven Identität erfordert eine Grenzziehung zwischen denen, die zum ‚Wir‘ gehören und jenen, die außen bleiben“ (Mouffe 2014, 79). Dadurch entstehen Konflikte mit den Anderen, die durch unterschiedliche Formen gelöst werden, je nach Gesellschaftsform. Der Umgang mit der Konfliktlösung entscheidet über das politische System.

„Konflikte können und sollten in liberalen, demokratischen Gesellschaften nicht eliminiert werden, da die Akzeptanz und Legitimierung von Konflikten ja gerade das ist, was eine pluralistische Demokratie auszeichnet. Liberale, demokratische Politik setzt voraus, die ‚Anderen‘ nicht als Feinde wahrzunehmen, die es zu vernichten gilt, sondern als Kontrahenten, deren Ideen es zwar – mit aller Schärfe – zu bekämpfen gilt, deren Recht, für diese Ideen einzutreten, aber nicht infrage gestellt werden darf“ (Mouffe 2014, 28).

Diese Unterscheidung trennt zum Beispiel die Diktatur von einer Demokratie. Die Unterdrückung von Konflikten und Meinungen und die Ausgrenzung von Minderheiten definiert unter anderem ein autoritäres Regime, in dem der Mensch nur unter Gefahr seines Lebens, andere politi-

sche Ideen entwickeln und verbreiten kann.

„Begrift man das Politische als die immerwährende Möglichkeit des Antagonismus, so erfordert dies, damit zurechtzukommen, dass man ohne einen gemeinsamen Ursprung auskommen und die Dimension der Unentscheidbarkeit und der Kontingenz anerkennen muss, die jede Ordnung ausmacht“ (Mouffe 2014, 193). Eine künstliche Einigkeit zu erzeugen, die die Gegensätze auflöst, darf nicht die Idee sein. Es geht darum, eine Art und Weise zu finden, sich mit den Kontroversen zu beschäftigen und dies „auf nationaler und internationaler Ebene“ umzusetzen (vgl. Mouffe 2014, 50). „Wenn wir das Ziel von Politik – sei es auf nationaler oder internationaler Ebene – darin sehen, einen Konsens auf der Basis eines einzigen Modells herzustellen, das sollten wir uns bewusst machen, so schließen wir die Möglichkeit des legitimen Dissenses aus und bereiten dadurch der Entstehung gewaltsamer Formen des Antagonismus den Boden“ (Mouffe 2014, 46). Diese Formen sind teilweise in sozialen Bewegungen sichtbar, die sich radikalieren, da keinerlei Einbindung in das bestehende System passiert. Das Einbinden aller Individuen einer Gesellschaft in das Politische erscheint als Möglichkeit, die Gewalt einzudämmen.

Eine bewährte Form des Politischen ist die Demokratie nach Thea Bauriedl: „Die optimal genutzte Chance, zwischenmenschliche Beziehungen zu vermenschlichen, oder auch: in gesunder und das heißt, befriedigender Weise miteinander umzugehen“ (Bauriedl 1998, 93). Die Frage nach der Notwendigkeit von Moral und Werten wird von Bauriedl in Form der Nutzung des eigenen Verstandes hinfällig. „Demokratisches Bewusstsein als Grundlage demokratischen Verhaltens hat nichts mit einer ab-

gehobenen Moral zu tun. Es besteht vielmehr im Erkennen und Ergreifen von Chancen, an jeder Stelle des Systems das Leben des einzelnen und damit gleichzeitig das Leben der Gemeinschaft befriedigender und sicher zu gestalten“ (Bauriedl 1998, 97). Diese Ausführungen erinnern sehr an den Satz zum kategorischen Imperativ von Immanuel Kant: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“ (Kant 1786, 52). Bauriedl nimmt auch auf eine andere Aussage von Immanuel Kant Bezug, denn „der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ kommt für sie „nur sehr langsam voran“. Sie attestiert dem persönlichen und gemeinschaftlichen Wandel des Verstandes der Menschen jedoch eine positive Veränderung in kleinen Schritten (vgl. Bauriedl, 1998, 176).

Das große Problem in der heutigen Gesellschaft beschreibt sie in der Maxime, dass „Zusammenballung von Überlegenheit bei wenigen, [...] immer Unterlegenheit und Unterdrückung von vielen bedeutet“. Somit erkennt sie zwei Arten von Macht, die Macht des Stärkeren, Dinge durchzusetzen und zu bestimmen und die Ohnmacht der Schwächeren, die Handlungsfähigkeit ihres Seins zu unterschätzen (vgl. Bauriedl 1998, 106-107). Insbesondere „eine permanente Infragestellung individueller und kollektiver Normen“ (Bauriedl 1998, 97), die zu einem eigenen politischen Selbstverständnis führen kann, sind von entscheidender Bedeutung. Das Politische ist ein existentieller Teil der Menschheit. Es stellt sich somit nicht die Frage nach dem „Ob“ sondern nur nach dem „Wie“.

Reflexion zum Politischen als Sozialarbeiter

Schon in der frühen Kindheit war es

mir immer ein Anliegen, die Prozesse und Mechanismen in dieser Welt zu verstehen. Die Handlungen der Menschen waren für mich unterfüttert mit dem sozialen Gefüge, in dem sie lebten. Das Erleben der unterschiedlichen Wohlstandsniveaus durch Reisen und eine Beschäftigung mit der Welt, ließ schon sehr früh bei mir die Frage nach der Gerechtigkeit aufkommen. Die Frage, ob die Menschenfamilie alle ihre Verwandten gleich gut leben lässt.

Erste politische Erfahrungen in einer Funktion konnte ich im Rahmen meines Studiums der Sozialen Arbeit als Studierendenvertretung des Bachelor- und Master-Studiengangs am Management Center Innsbruck (MCI) sammeln. Die Frage nach der Gestaltung der Inhalte und Organisation des Studiums war für die Studierenden von entscheidender Bedeutung. Ich hatte den Eindruck, dass insbesondere die Student*innen der Sozialen Arbeit, die Möglichkeit einer Einflussnahme auf ihr Studium schätzten. Die Zusammenarbeit mit anderen Studierendenvertreter*innen des MCI machte sichtbar, dass die Profession Soziale Arbeit häufig erklärt und definiert werden muss. Die Inputs und

Impulse von unserer Seite wurden von den anderen Studiengängen, dessen ungeachtet, sehr geschätzt. Diese Arbeit zeigte mir, wie wichtig es ist, aus seiner eigenen sozialen Blase zu treten und die Gemeinsamkeiten und die gemeinsame Arbeit in den Fokus zu nehmen und die verschiedenen Sichtweisen und Standpunkte kennen und verstehen zu lernen.

Die Tätigkeit als Landessprecher Tirols des Österreichischen Berufsverbands der Sozialen Arbeit zeigte mir eine andere Form der Teilhabe und Teilnahme an politischen Prozessen. Der Berufsverband hatte bei Beginn meiner Tätigkeit eine sehr starre Struktur, die es schwer machte, gewisse Veränderungen und Themen zu platzieren. Durch die Auflösung der alten Systeme mit neuen und frischen Sichtweisen wird in Zukunft eine starke Berufsvertretung, der Angelpunkt für eine berufspolitisch und insbesondere sozialpolitisch aktive Soziale Arbeit in Österreich möglich sein.

Meine Beteiligung an der Gründung der Resilienz – Aktionsbewegung für Soziale Verantwortung zu einem konkreten Problem zeigte mir die Notwendigkeit von politischer Beteiligung und die Gewissheit ein drohendes Problem abzuwenden zu können.

Auch die Entscheidung eine neue Form des politischen Widerstandes zu etablieren bzw. zu Teilen neu zu erfinden bestätigt die Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit sich politisch zu engagieren. Insbesondere der niederschwellige Zugang zu politischer Teilhabe und Teilnahme macht diese Arbeit so wichtig und meiner Meinung nach auch richtig.

Diese politische Arbeit auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenster Form ging meinem Selbstbild als Professionist der Sozialen Arbeit als Motivation und Anlass vorweg. Inwieweit dieses politische Selbstverständnis des Berufes Sozialarbeiter*in in der Sozialarbeitswissenschaft diskutiert wird und welche Schlüsse daraus gezogen werden können, ist meiner Meinung nach von grundlegender Bedeutung für die Ausübung des Berufes.

Die Sozialarbeiter*innen in der Praxis sind jeden Tag mit den sozialen und persönlichen Problemen der Menschen konfrontiert. Sie erleben die Menschen am Rand der Gesellschaft und können nur in einem eingeschränkten Rahmen Hilfe und Unterstützung leisten. Somit sind die

ÖAGG | PD



PSYCHOTHERAPIE-AUSBILDUNG FACHSPEZIFIKUM PSYCHODRAMA

Die Psychodrama-Ausbildung befähigt gleichzeitig zur Ausübung von **Einzel-** sowie **Gruppentherapie**

Universitärer Abschluss mit dem Master of Science (MSc) in Kooperation mit der Donau-Universität Krems, 8 Semester berufsbegleitend

Kommende Lehrgänge -
Bewerbung bereits möglich:

Lehrgang in Wien/Krems

Lehrgangsstart am 26.10.2018

Lehrgang in Graz/Klagenfurt

Lehrgangsstart im November 2019,
bei ausreichend Anmeldungen Start
bereits im Oktober 2018 möglich

Lehrgang in Salzburg

Lehrgangsstart im November 2019

JETZT BEWERBEN
[psychodrama-austria.at/
fachspezifikum](http://psychodrama-austria.at/fachspezifikum)

Sie wollen mehr über
Psychodrama und unsere
Ausbildungen erfahren?

Besuchen Sie unser
neues Webportal

PSYCHODRAMA-AUSTRIA.AT

und melden Sie sich dort für den
Psychodrama-Newsletter an!

Sozialarbeiter*innen ein Teil der Expert*innen für die Probleme in einer Gesellschaft. Beim genaueren Hinsehen auf die vielen Themen, die die Menschen beschäftigen, wird sichtbar, dass viele soziale Probleme durch bestehende Gesetze, Strukturen und Systeme verstärkt oder erst erzeugt werden.

Versuche ich den Einzelnen zu unterstützen oder nehme ich den Auftrag oder das Mandat an und analysiere die Systeme und versuche im Rahmen meiner Handlungsmöglichkeiten Verbesserungen und Adaptierungen zu entwickeln, zu publizieren und umzusetzen? Inwieweit muss der Blick auf die Klient*innen, meinen Blick auf die Gesellschaft verändern?

Wir, die Sozialarbeiter*innen kennen die Ursachen für viele Probleme in unserer Gesellschaft, wir müssen sie nennen, Lösungen entwickeln und diese verständlich und argumentativ für die Menschen zum Ausdruck bringen. Die Soziale Arbeit muss als Teil der Gesellschaft dazu beitragen, dass die Sichtweisen und Ansätze unter den Menschen überprüft und gegebenenfalls weiterentwickelt werden. Die Menschen sind mehr als eine der vielen Nenngrößen. Es handelt sich um eine große Möglichkeit, um Chancengleichheit der politischen Teilhabe und Überwindung von patriarchalen politischen Strukturen dauerhaft in der Gesellschaft zu verankern.

Die Soziale Arbeit versteht sich als eine Menschenrechtprofession, die die Rechte als eine Art Arbeitsgrundlage versteht. Die Menschenrechte stehen jedem Menschen kraft seines Menschseins gleichermaßen zu, sie sind universell, unveräußerlich und unteilbar. Die Soziale Arbeit hat die Expertise, die kommenden Probleme zu analysieren und die Menschen darauf hinzuweisen. Zur Erfüllung dieses Zieles reicht es jedoch nicht, nur in

der praktischen Ausübung des Berufes den kritischen Blick zu bewahren und auch innerhalb seines Teams neue Denkansätze und Interventionsmöglichkeiten durchzugehen. Es geht darum, kreativ und anders zu denken, etwas Neues zu probieren und nicht nur am Bewährten festzuhalten – das Gegenteil vom Konservatismus. Die Idee einer breiten Zusammenarbeit aller Klassen mit bestehen Machtfaktoren für eine Veränderung der Gesellschaft ist nach Mouffe nur möglich, wenn ein Verbindungsglied installiert wird (vgl. Mouffe 2014, 202). Es erscheint sinnvoll, sich eine Struktur zu suchen, die außerhalb des eigenen Arbeitsumfeldes beheimatet ist, um einen Ort des Austausches in dem herrschenden System zu haben. Der obds – Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit ist in diesem Moment meines Lebens genau so ein Verbindungsglied. Die Möglichkeit meinen intrinsischen politischen Drang auszuleben.

Literaturverzeichnis

Bauriedl, Thea (1998): Das Leben riskieren Psychoanalytische Perspektiven des politischen Widerstands, Piper Verlag

Kant, Immanuel (1785): Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. Zweite Auflage Riga

Kullmann, Wolfgang (1998): Aristoteles und die moderne Wissenschaft. Stuttgart

Meyer, Thomas (2003): Begriff und Gegenstand der Politik. In: Was ist Politik? Uni-Taschenbücher, vol 2135. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Mouffe, Chantal (2014): Agnostik, Die Welt politisch denken, Edition Suhrkamp, Suhrkamp Verlag

Rohlf, Carsten (2015): Identität In: Thole, Werner; Höblich, Davina; Ahmed, Sarina (Hrsg.) (2015): Taschen-

wörterbuch Soziale Arbeit 2. Auflage Julius Klinkhardt Verlag Bad Heilbrunn

Sorg, Richard (2001): Annäherungen an die Frage, ob die Soziale Arbeit ein politisches Mandat hat In: In: Merten, Roland (Hrsg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigem Thema, Springer Verlag Wiesbaden

Weber-Schäfer, Peter (1976): Einführung in die antike politische Theorie. Zweiter Teil. Von Platon bis Augustinus. Darmstadt

Weber-Schäfer, Peter (2000): Der Politikbegriff der Antike In: Lietzmann, Hans J.; Nitschke, Peter (Hrsg.): Klassische Politik. Politikverständnisse von der Antike bis ins 19. Jahrhundert. Opladen, S.11-22

Jorin Massimo Flick, BA

Sozialarbeiter; Studium der „Sozialen Arbeit“ am MCI, Mitglied im Vorstand der obds Landesgruppe Tirol 2014-2017, seitdem Landessprecher des obds Bundesland Tirol, Mitgründer und Mitglied der Resilienz – Aktionsgemeinschaft für Soziale Verantwortung seit 2014, Experte für Soziales bei der Alternativen Liste Innsbruck, im obds setzt er sich unter anderem für die Etablierung eines gemeinsamen Berufsverbandes für Sozialpädagog*innen und Sozialarbeiter*innen ein.



Politische Einstellungen und Partizipation von Studierenden der Sozialen Arbeit in Österreich

Text: FH-Prof.ⁱⁿ Dipl. Soz.Päd.ⁱⁿ (FH) Dr.ⁱⁿ Iris Kohlfürst und Prof. Dr. Dieter Kulke

Einleitung

Soziale Arbeit ist eng mit den politischen Gegebenheiten eines Landes verflochten: Diese sind zum einen der Grund, dass es Soziale Arbeit dort überhaupt gibt (Erfüllung des Artikels 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung; Staub-Bernasconi 2007: 27). Zum anderen bestimmen sie teilweise den Auftrag der Sozialen Arbeit (ganz deutlich bei hoheitlichen Aufträgen wie der Kinder- und Jugendhilfe, Benz/ Rieger 2015:19) und durch die Bereitstellung (finanzieller) Ressourcen gegebenenfalls auch die Rahmenbedingungen zur Umsetzung (Halfar 2011: 407). Daher besteht in einzelnen Aspekten der Sozialen Arbeit eine Abhängigkeit gegenüber dem Staat (Andeßner 2009:478f.). Gleichzeitig hat die Soziale Arbeit – ausgehend von ihrem selbstgewählten Auftrag der Förderung des sozialen Wandels (IFSW 2014) – auch die Aufgabe, die Leitung des Staates in für die Soziale Arbeit relevanten Bereichen zu beeinflussen (Benz/Rieger 2015:19ff). Damit hat Soziale Arbeit auch einen politischen Auftrag, dem von den Praktiker*innen auch weitestgehend zugestimmt wird (Kohlfürst 2016, Como-Zipfel et al 2018).

Politik kann definiert werden als „die Leitung oder die Beeinflussung der Leitung eines politischen Ver-

bandes [...] also: eines Staates“ (Weber 1992:5); das in den Ländern des Globalen Nordens vorherrschende politische System ist die Demokratie. Grundelemente dieses Demokratieverständnisses sind neben der Rechtsstaatlichkeit, der Gewaltenteilung und dem Repräsentativprinzip vor allem die Legitimation des Staates durch die grundlegende Möglichkeit der Partizipation Aller (Naßmacher 2010: 162ff.). Politische Partizipation meint dabei „alle Tätigkeiten, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des Politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1995: 521). Ausgehend von der Relevanz der Politik für die Soziale Arbeit ist es entscheidend, dass zukünftige Sozialarbeiter*innen politisches Wissen besitzen und entsprechend ihren Möglichkeiten das politische System beeinflussen. Bisherige Studien im Kontext der politischen Einstellung der Studierenden der Sozialen Arbeit fanden nur an einzelnen deutschen Hochschulen statt und thematisierten nicht die tatsächliche Partizipation der Studierenden (vgl. beispielweise Habermann 2014, Gries et al. 2015, Roh/ Yollu-Tok, 2017). Aus diesem Grund wurde an ausgewählten Hochschulen in Deutschland sowie an allen Fachhochschulen in Österreich eine Befragung unter Studierenden der Sozialen Arbeit durchgeführt, um herauszufinden, wie sie zum politischen Auftrag der Profession stehen und in

welchen Ausmaß sie politisch partizipieren.

Methodischer Zugang und soziodemographische Daten der Studie

Um entsprechende Ergebnisse zu bekommen, wurde eine Online-Befragung mit geschlossenen und offenen Fragen konzipiert; einzelne Items wurden dabei von bewährten Erhebungsinstrumenten früherer Studien übernommen, um Vergleiche zu ermöglichen. In Österreich wurde der Link mit dem Online-Fragbogen an alle Studiengangsleiter*innen der Sozialen Arbeit der österreichischen Fachhochschulen mit der Bitte, diesen an ihre Studierenden weiterzuleiten, geschickt; Erhebungszeitraum war zwischen dem 13.12.2017 und dem 31.01.2018. Insgesamt füllten in Österreich 193 Studierende der Sozialen Arbeit den Fragebogen aus. **Tabelle 1** gibt einen Überblick über soziodemographische Daten der Stichprobe.

Politisches Interesse der Studierenden

Politisches Interesse ist eine zentrale Determinante der Erklärung politischer Partizipation. Auf die Frage „Würden Sie sich – alles in allem – als politisch interessiert bezeichnen?“ antworten 86,3 % mit „Ja“. Immerhin 26 gaben – ohne das explizit danach gefragt wurde – einen Bezug zum Studium oder zum angestrebten Beruf an:

Unterscheidung nach	absolut	in %
Geschlecht (n= 193)		
Frauen	148	76,7
Männer	42	21,8
andere	3	1,5
Geburtsjahre (n=190)		
bis1980	26	13,7
1981-1985	19	10
1986-1990	50	26,3
1991-1995	75	39,5
1996-2000	20	10,5
Semesterzahl (n= 185)		
1./2. Semester	67	36,2
3./4. Semester	64	34,6
5./6. Semester	51	27,6
Höheres Semester	3	1,6
Standort der Fachhochschule (n= 193)		
Fachhochschule Oberösterreich	115	59,6
Fachhochschule St. Pölten	31	16,1
Fachhochschule Salzburg	31	16,1
Fachhochschule Wien	11	5,7
Andere (zB JKU, Universität Salzburg)	5	2,6
Praxisphase erlebt (n= 193)		
Ja	135	69,9
Nein	42	21,8
Ich befinde mich gerade in einer Praxisphase.	10	5,2
Anderes	6	3,1

Tabelle 1: soziodemographische Daten

„[weil] als Sozialarbeiterin politisches Wissen äußerst relevant ist.“ oder „unser Beruf politisch relevant ist“. Das politische Interesse verteilt sich sehr unterschiedlich auf verschiedene Politikfelder: Spitzenreiter im politischen Interesse der Studierenden

ist die ‚Sozialpolitik‘, an der 95,9 % „sehr“ oder „ziemlich interessiert“ sind; am ‚allgemeinen politischen Geschehen‘ sind dies 90,7 %. Es folgen die ‚Asylpolitik‘ und die ‚Bundespolitik‘ mit 90,3 % bzw. 90,2 %, dann folgt die ‚Landespolitik‘ mit 80,0 %,

‚internationale Politik‘ mit 78,2 %, die ‚Europapolitik‘ mit 68,2 % und die ‚Kommunalpolitik‘ mit 45,3 %. Spezielle Politikfelder wie die ‚Hochschulpolitik‘ oder die ‚Jugendverbandspolitik‘ ziehen mit 37,3 % bzw. 16,8 % nur wenig Interesse auf sich. In der Bedeutung der unterschiedlichen Lebensbereiche wird dieses Interesse an Politik nicht deutlich. Hier rangiert ‚Politik und öffentliches Leben‘ mit 39,3 %, die dem eine „hohe Relevanz“ zugestehen, weit abgeschlagen hinter der ‚Partner*in, eigener Familie‘ (82,9 %), ‚Eltern und Geschwistern‘ (83,6 %), ‚Geselligkeit und Freundeskreis‘ (69,4 %), aber deutlich vor ‚Sport‘ (27,6 %), ‚Kunst und Kulturelle[m]‘ (22,4 %) und dem Schlusslicht ‚Religion und Glaube‘ (7,7 %).

Politische Ziele/Einstellungen der Studierenden

Wofür dieses auch im Vergleich mit deutschen Studierenden der Sozialen Arbeit vergleichsweise hohe politische Interesse inhaltlich steht¹, wird in den Fragen zu den politischen Einstellungen deutlich. Die politische Position auf einer Links-rechts-Skala ist eindeutig links: 76,7 % ordnen sich auf

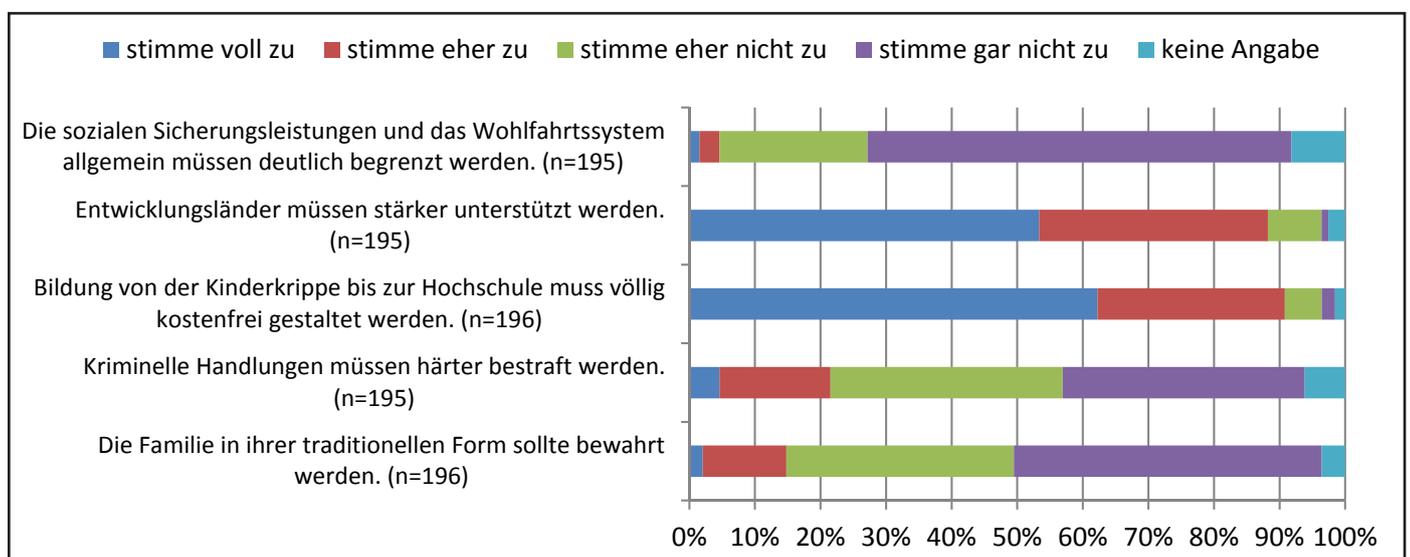


Abbildung 1: Aussagen zum Sozialstaat und Gesellschaft

einer 10er-Skala (1=links; 10=rechts) den Positionen 1 bis 3 zu (bei den deutschen Studierenden sind dies nur 60,7 %). Nur 4,7 % ordnen sich rechts von der Mitte, also bei Skalenwerten 6 und größer, ein.

Politisch eher links stehende Positionen werden auch bei anderen Fragen deutlich (**Abbildung 1**). So stimmen nur 4,6 % der Aussage „Die sozialen Sicherungsleistungen und das Wohlfahrtssystem allgemein müssen deutlich begrenzt werden.“ voll oder eher zu. Ähnlich wenig Zustimmung erfährt die Unterstützung der Familie „in ihrer traditionellen Form“ (14,8 % Zustimmung voll oder eher). Auf der anderen Seite wird ein kostenloses Bildungssystem für alle Bildungsstufen ebenso stark befürwortet wie eine stärkere Unterstützung der Entwicklungsländer (90,8 % bzw. 88,2 % Zustimmung voll oder eher).

Die Bewertung der sozialen Unterschiede in Österreich, die mit einer Skala mit sieben Ausprägungen (1=„gering“, 7=„groß“) erhoben wurde, fällt auch eindeutig aus. Der Mittelwert lag hier bei 5,36 (Standardabw. 1,252), eine klare Tendenz also zu einer Bewertung der sozialen

Unterschiede als groß. So groß die sozialen Unterschiede bewertet werden, als so ungerecht werden sie auch wahrgenommen. Auf einer ebenfalls siebenpoligen Skala (1=„ungerecht“, 7=„gerecht“) lag der Mittelwert bei 2,26 (Standardabw. 1,217). Eindeutig ist auch der Zusammenhang zwischen beiden Bewertungen – je größer die soziale Ungleichheit bewertet wird, als desto ungerechter wird sie auch bewertet ($r=-.531$; $p=.000$).

Trotz dieser wahrgenommenen Ungerechtigkeiten ist die Zustimmung zur Demokratie überwältigend. 73,3 % halten sie grundsätzlich für eine „gute“ und 25,1 % für eine „eher gute“ Staatsform; 1,5 % haben sich enthalten und keine Befragte hielt sie für eine „schlechte“ oder „eher schlechte“ Staatsform. Auf der anderen Seite gibt es durchaus Befragte, die mit der Demokratie unzufrieden sind: auf einer Skala zur Zufriedenheit mit der Demokratie in Österreich von 0=„äußerst unzufrieden“ bis 10=„äußerst zufrieden“ ergibt sich ein Mittelwert von nur 5,4 (Standardabw. 2,194). Immerhin 21,9 % der Befragten vergaben einen Wert von 3 oder niedriger, ein angesichts der hohen grundsätzlichen Zustimmung zur

Demokratie ein sehr aufschlussreicher Befund.

Einstellungen zum Sozialstaat und zu Sozialpolitik wurden mit mehreren Items abgefragt; die Zustimmung zu Aussagen, die in einer Faktorenanalyse die höchsten Faktorladungen hatten und somit als ‚typisch‘ angesehen werden können, sind hier dargestellt (**Abbildung 2**). Zustimmung mit ca. 60 % „stimme voll zu“ bzw. „stimme eher zu“ erhalten die beiden Items, dass Sozialleistungen unzureichend seien, um wirklich Bedürftigen zu helfen, und dass viele Menschen weniger Leistungen erhielten, als ihnen zuständen. Entsprechend groß ist dann die Zustimmung zu zwei Items, die sich zu Ungleichheit positionieren. 83,4 % stimmen voll oder eher zu, dass der Staat Ungleichheit reduzieren soll. Etwas weniger, aber doch 72,7 %, stimmen voll oder eher zu, dass die Einkommensunterschiede gering sein sollten. Zu diesen Einschätzungen passt dann ein im Grund positives Menschenbild aktiver und sich bemügender Menschen: Die Aussagen, dass Arbeitslose sich nicht wirklich um eine Arbeit bemühen würden, und dass Sozialleistungen Menschen „träge und faul“ machen, finden extrem wenig Unterstützung (5,6 % bzw. 4,6 %

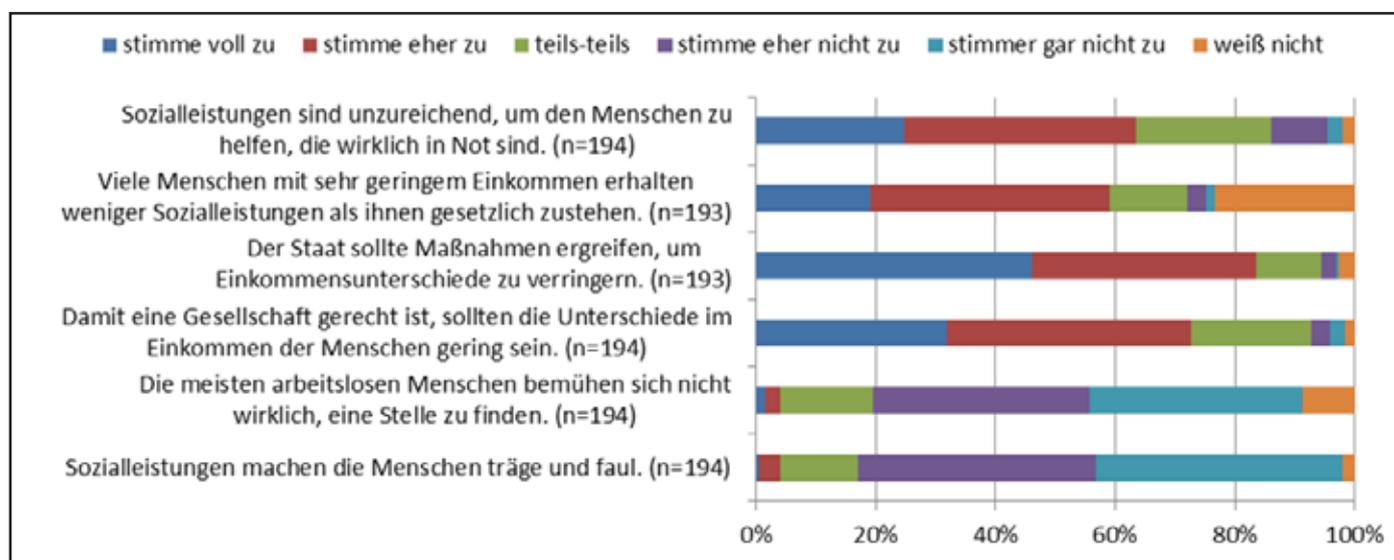


Abbildung 2: Aussagen zu sozialer Gerechtigkeit und Sozialpolitik

	Studierendenbefragung	European Social Survey 2014 (gewichtet)
„Aus Ihrer Sicht: In welchem Maße gibt das politische System in Österreich Menschen wie Ihnen die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen?“ (Skala 0=„überhaupt nicht“, 10=„voll und ganz“)	Mittelwert 4.29 Standardabw. 2.10 n=186	Mittelwert 3.17 Standardabw. 2.37 n=1,773
„Wie sehr vertrauen Sie Ihren eigenen Fähigkeiten, sich am politischen Geschehen zu beteiligen?“ (Skala 0=„vertraue meinen Fähigkeiten überhaupt nicht“, 10=„vertraue meinen Fähigkeiten voll und ganz“)	Mittelwert 5.76 Standardabw. 2.28 n=189	Mittelwert 4.49 Standardabw. 2.89 n=1,761

Tabelle 2: Interne und externe politische Wirksamkeit im Vergleich

stimmen dem voll oder eher zu). Diese Aussagen zeigen ein deutliches Bild, nach dem Ungleichheit durch staatliche Sozialpolitik zu verringern ist, diese Sozialleistungen aber keine negativen, unerwünschten Wirkungen hätten, aber auch als ungenügend und lückenhaft, z.B. in ihrer Reichweite, bewertet werden.

Politische Partizipation der Studierenden

Damit diese Einstellungen auch in Handeln umgesetzt werden können, ist nach den Ergebnissen der Forschungen zur politischen Partizipation noch ein weiteres Moment wesentlich – die politische Wirksamkeit (van Deth 2009: 153f.). Man muss sowohl davon überzeugt sein, dass das politische System offen für Veränderungen ist (externe Wirksamkeit), als auch davon, dass man selber fähig zur Einflussnahme sein würde (interne Wirksamkeit). In der folgenden **Tabelle 2** sind die Items und die Auswertungen dazu dargestellt. Zwei Aspekte sind dabei relevant: Zum einen werden die eigenen Teilhabefähigkeiten höher bewertet als die Teilhabechancen (5.73

vs. 4.27), das System wird also kritischer bewertet als die eigene Person. Andererseits wird aber von den Studierenden beides, sowohl die interne als auch die externe politische Wirksamkeit, deutlich höher eingeschätzt als in der österreichischen Bevölkerung (Daten). Insofern bringen die Studierenden vergleichsweise sehr gute Voraussetzungen für eine starke politische Partizipation mit.

Die politische Partizipation schließlich wurde mit verschiedenen Items erfragt. Zentral ist dabei die Wahlbeteiligung: Bei Nationalratswahlen wählen 95,5 % der Befragten „immer“ oder „häufig“, bei Landtagswahlen 94,9 %, bei Kommunal-/Gemeinderatswahlen 88,7 % und bei Europawahlen 82,0 %. 8,2 % geben an, Mitglied in einer politischen Partei zu sein.

Die hohe Partizipation bei Wahlen bestätigt sich für die Nationalratswahlen 2017, die kurz vor der Befragung am 15.10.2017 stattfanden. Die Wahlbeteiligung unter den befragten Studierenden lag in der Tat mit 98,9 % weit über der allgemeinen Wahlbeteiligung von 80,0 %² und brachte ganz andere

Partei	% Studierenden-Befragung (n=179)	% aml. Endergebnis
Liste Sebastian Kurz - die neue Volkspartei	3,9%	31,5%
SPÖ	43,6%	26,9%
FPÖ	0,6%	26,0%
NEOS	6,7%	5,3%
Peter PILZ (altgrüne)	12,3%	4,4%
GRÜNE	19,0%	3,8%
GILT (Roland Düringer)	2,3%	1,0%
KPÖ Plus (inkl. Junge Grüne)	10,6%	0,8%
andere	1,0%	0,3%

Tabelle 3: Zustimmung zu Parteien bei der Nationalratswahl am 15.10.2017

Ergebnisse. In **Tabelle 3** werden die großen Unterschiede zwischen den Wahlentscheidungen der Studierenden und der allgemeinen Wahlbevölkerung deutlich. Konservative Parteien wie die Liste Sebastian Kurz oder die FPÖ erhalten von den Befragten extrem wenig Zustimmung. Dafür erreichen die linksorientierten Parteien (SPÖ, LISTE PILZ, GRÜNE und die KPÖ) 87,5 % der Stimmen.

Aber auch andere Formen der Partizipation außerhalb und innerhalb von Organisationen sind bei den Studierenden weit verbreitet. Bei ersterer sind Petitionen am verbreitetsten: 86,7 % geben an, Online- oder Offline-Petitionen „oft“ oder „manchmal“ zu unterschreiben; es folgt die Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen (45,1 % bzw. 34,4 % nehmen „oft“ oder „manchmal“ daran teil). Dieses hohe Engagement bei Petitionen als der Form, die am niedrigsten Aufwand verursacht, legt einen Zusammenhang mit dem Aufwand für Partizipation nahe und lässt für aufwändigere Formen weniger Partizipation erwarten.

Und genau dies wird bei der Partizipation innerhalb von Organisationen deutlich. Die folgende Tabelle zeigt, wie stark diese Engagementform ist. Um eine reine Mitgliedschaft von der Mitarbeit in einer Organisation zu unterscheiden, wurde nach aktiver und passiver Beteiligung unterschieden. Dass dies durchaus sinnvoll ist, wird in **Tabelle 4** deutlich. Insgesamt kann den Studierenden nämlich ein hohes Engagement attestiert werden. So ist ca. ein Drittel in einer Gewerkschaft Mitglied, ein Fünftel in einem Berufsverband und jeweils ca. ein Drittel in einer Menschenrechts- oder einer Umweltschutzgruppe. In allen genannten Gruppen wird aber eine mehr oder weniger starke Diskrepanz zwischen der aktiven und der passiven

Art der Organisation	Stärke der Beteiligung			
	aktiv beteiligt	passiv beteiligt	nicht beteiligt	keine Angabe
Bürgerinitiative	3,1%	8,7%	83,7%	4,6%
politische Partei	4,6%	7,7%	85,2%	2,6%
Gewerkschaft	3,6%	26,0%	67,9%	2,6%
Berufsverband	1,5%	18,9%	76,5%	3,1%
Umweltschutzgruppe	2,6%	19,1%	75,3%	3,1%
Menschenrechtsgruppe	6,2%	20,5%	70,3%	3,1%
Aktivität im sozialen Bereich (z. B. Ehrenamt)	51,5%	11,2%	33,7%	3,6%

Tabelle 4: Engagement in Organisationen

Beteiligung deutlich; besonderes stark ist diese bei den Gewerkschaften und den Berufsverbänden. Dies kann daran liegen, dass die Organisationen eher Mitgliedsorganisationen sind, bei denen eine Mitgliedschaft allein für bestimmte Leistungen, z.B. einer Berufshaftpflichtversicherung interessant ist; andererseits könnte es aber auch bedeuten, dass diese Organisationen zu wenig Angebote für eine aktive Beteiligung machen.

Gänzlich anders verhält es sich mit der Beteiligung an Organisationen im sozialen Bereich. Gut die Hälfte der Befragten ist in diesem Feld aktiv engagiert. Dies wird natürlich durch das Studium und Erfahrungen im Praktikum nahegelegt. Umgekehrt haben aber auch oft positive Erfahrungen mit Engagement im sozialen Bereich

zur Wahl des Studiums der Sozialen Arbeit geführt.

Politik und Soziale Arbeit aus Sicht der Studierenden

Dass Soziale Arbeit einen politischen Auftrag hat, ist für 93,4 % der Befragten unbestritten. 96,4 % sehen die wesentliche Aufgabe der Sozialen Arbeit (eher) darin, Menschen zu helfen, die Hilfe benötigen und 99 % stimmen (eher) zu, dass Soziale Arbeit zur Aufdeckung und Veränderung sozialer Missstände beitragen muss. Entsprechend bejahen nur 3,1 % der Studierenden die Aussage, dass die meisten Probleme der einzelnen Klient*innen überwiegend selbstverschuldet (und nicht eher durch Politik und Gesellschaft verursacht) sind. Die

Verteilung der Antworten auf die Frage, wem sich die (angehenden) Fachkräfte der Sozialen Arbeit am meisten verpflichtet fühlen, ist in **Abbildung 3** dargestellt und zeigt die eindeutige Fokussierung auf Klient*innen:

Die Bemühungen der Sozialen Arbeit müssen sich für 93,8 % (eher) sowohl auf Veränderungen in der Gesellschaft, wie auf Veränderungen in der Person beziehen; für über 90 % ist es (eher) auch eine wichtige Arbeit, die Rechte von Schwächeren bzw. die Menschenrechte durchzusetzen, auch wenn dem politische oder Verwaltungsvorgaben entgegenstehen. Handlungen, die die Befragten als Sozialarbeiter*in vornehmen, dienen für knapp 92 % (eher) auch der Gesellschaftsveränderung. Skeptischer bewerten die Studierenden den Einfluss der Sozialen Arbeit auf Politik und Gesetze – nur knapp 75 % stimmen dieser Aussage (eher) zu (**Abbildung 4**).

Auf die offene Frage, wie die Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung tatsächlich sind, findet sich teilweise ein nüchterner Zugang, wie folgende exemplarische Antworten zeigen:

- „Derzeit sehe ich die Möglichkeiten leider eher gering. Soziale Arbeit braucht einen stärkeren Zusammenhalt und ein vermehrtes gemeinsames Vorgehen der unterschiedlichen Träger, um politisch etwas durchsetzen zu können.“
- „Die Möglichkeiten sehe ich begrenzt, da einige Sozialarbeiter*innen die Soziale Arbeit nicht als politischen Auftrag empfinden. Wir haben nicht einmal ein Berufsgesetz, da wir für uns selbst nicht einstehen.“
- „Die Möglichkeiten sehe ich begrenzt. Einer der Gründe dafür ist meiner Meinung der schwache Berufsverband. Als zweiten Grund würde ich die Nichtanerkennung der Sozialarbeit als geschützten Beruf sehen.“

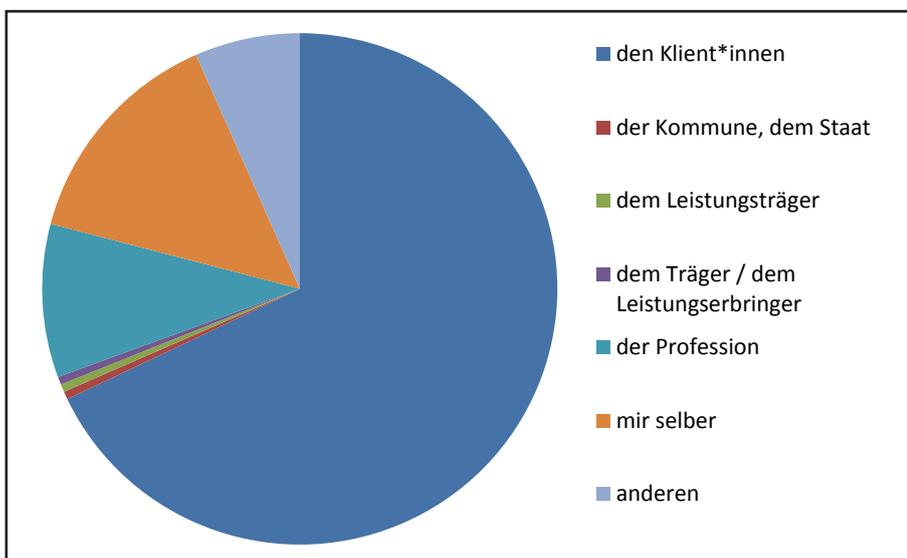


Abbildung 3: Gefühl der Verpflichtung gegenüber

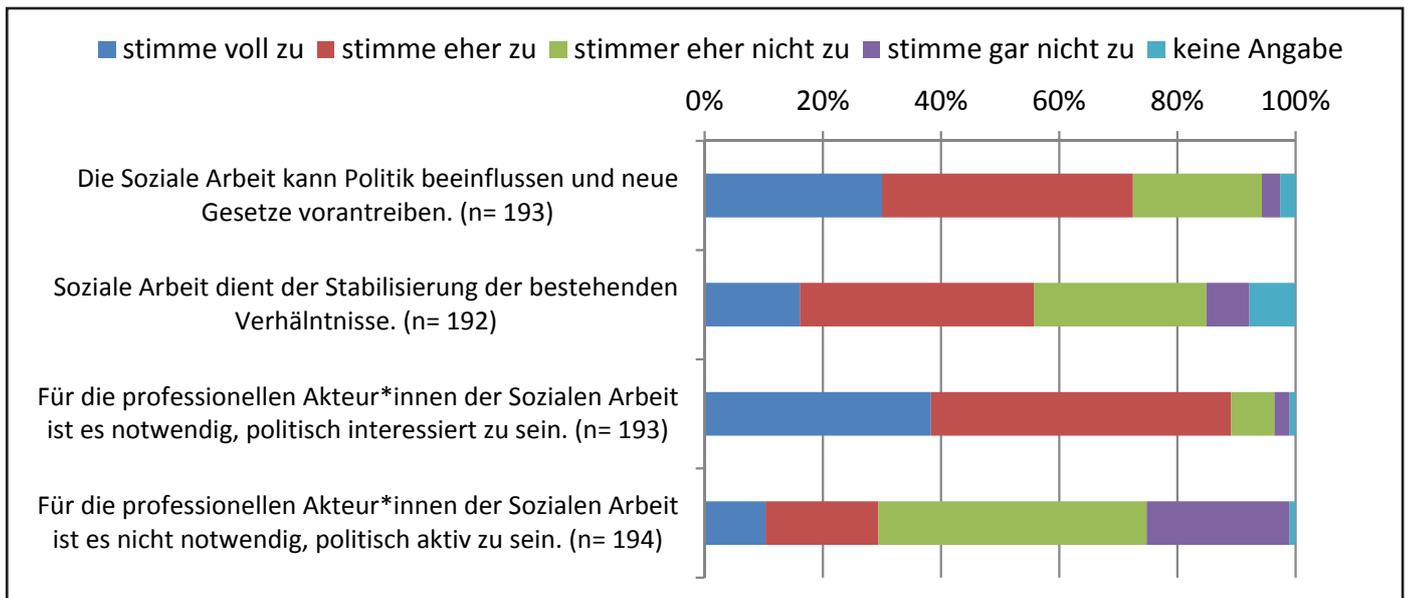


Abbildung 4: Einstellungen zu Sozialer Arbeit und Politik

- „Eher gering. Es braucht mehr Zusammenschluss, Empörung und Engagement der ganzen Berufsgruppe!“

Fazit

Da Soziale Arbeit mit einem politischen Auftrag verbunden ist, stellt sich die Frage, wie Studierende der Sozialen Arbeit als angehende Professionelle sich politisch positionieren und politisch partizipieren. In einer Online-Befragung über die Fachhochschulen konnten hierzu Angaben von 193 Studierenden der Sozialen Arbeit aus allen Semestern und sowohl aus Bachelor- als auch aus Masterstudiengängen gewonnen werden. Die Studierenden entsprechen dem Bild anderer Studierender und der Allgemeinbevölkerung darin, dass Politik im Vergleich zu anderen Lebensbereichen nicht sehr wichtig ist; sie heben sich dann aber von anderen Bevölkerungsgruppen durch ihr wesentlich stärkeres Interesse an Politik ab, was teilweise natürlich auch ihrem als Studierenden höheren Bildungsniveau geschuldet ist.

Hinsichtlich der politischen Einstellungen ergibt sich ein sehr gut zu So-

zialer Arbeit passendes Einstellungsmuster: auf der einen Seite ein sehr realistisches Bild der Demokratie, das trotz auch negativer Bewertungen eine selbstverständliche und ungebrochene Unterstützung dieser Staatsform zeigt, und auf der anderen Seite hohe Zustimmung zu einem positiven Menschenbild und darauf fußend zu Gerechtigkeit und Umverteilung. Diese Einstellungen schlagen sich auch in einer sehr hohen Unterstützung links gerichteter Parteien bei der letzten Nationalratswahl nieder. Mit diesen Einstellungen und einer vergleichsweise hohen Bewertung der politischen Wirksamkeit wären die Studierenden der Sozialen Arbeit auch für Engagement und politische Partizipation für die Soziale Arbeit und ihre Klientel prädestiniert. Im Vordergrund stehen aber auch hier wie bei der Allgemeinbevölkerung weniger aufwändige Partizipationsformen und v.a. ein Engagement im sozialen Bereich.

Auch aus der hohen Zustimmung zu einem politischen Auftrag Sozialer Arbeit und seinen Voraussetzungen ergibt sich der Eindruck, dass die politischen Einstellungen und die politische Partizipation der weit überwiegenden Mehrheit der Studierenden

zu einem politischen und an Menschenrechten orientierten Verständnis Sozialer Arbeit kompatibel sind. Alleine im Hinblick auf die Partizipation stellt sich die Frage, inwieweit die Bedeutung eines Engagements für die Soziale Arbeit und ihre Aufgaben auch außerhalb des sozialen Bereiches hinreichend erkannt wird.

Literatur

Andeßner, René Clemens (2009): Ethik, Moral und Nonprofit-Organisationen. In: Feldbauer-Durstmüller, Birgit/Pernsteiner, Helmut (Hg.) (2009): Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensethik. Wien: Linde, S. 473-497.

Como-Zipfel, Frank/Kohlfürst, Iris/Kulke, Dieter (2018): Zur Rezeption berufsethischer Standards, Kodizes und Richtlinien in der Praxis der Sozialen Arbeit. Ergebnisse einer Online-Umfrage von sozialpädagogischen Fachkräften in Deutschland und Österreich, unveröffentlichter Artikel.

Deth, Jan W. van (2009): Politische Partizipation. In: Kaina, Viktoria/ Römmele, Andrea (Hrsg.) (2009): Politische Soziologie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 141-161.

Gabriel, Oscar W./Völkl Gabriele (2008) Politische und soziale Partizipation“, In: Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen,

Prozesse, Politikinhalt. 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 268-298.

Gries, Jürgen/Leuschner, Vincenz/Wenzke, Gerhard (2015): Politisches Interesse von Studierenden. Einstellungen Studierender der Sozialen Arbeit und der Heilpädagogik. Soziale Arbeit 8.2015, S. 287-295

Habermann, Katja (2014): Politische Einstellung und Motivation zu vorurteilsfreiem Verhalten von Studierenden der Sozialen Arbeit. NDV April 2014, S. 182-187.

Halfar, Bernd (2011): Finanzierung Sozialer Arbeit. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.) (2011): Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 4., völlig neu bearbeitete Auflage. München, Basel: Ernst Reinhardt, S. 407-414.

International Federation of Social Workers IFSW (2014): Global Definition of Social Work. Online im Internet verfügbar unter <http://ifsw.org/get-involved/global-definition-of-social-work/>, Zugriff am 21.09.2014.

Kaase, Max (1995): Partizipation. In: Wörterbuch Staat und Politik. Dieter Nohlen (Hrsg.): S. 521-527. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Kohlfürst, Iris (2016): Die moralische Landschaft der Sozialen Arbeit – eine empirische Analyse der Umsetzung von Werten und Normen im beruflichen Alltag. Pro mente edition, Linz.

Kulke, Dieter (2018): Einstellungen Stu-

dierender zu Politik und zum politischen Auftrag Sozialer Arbeit. Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit, 28. April 2018, Hamburg

Naßmacher, Hiltrud (2010): Politikwissenschaft, 6. Auflage. Oldenburg Verlag, München.

Roh, Günter/Yollu-Tok, Aysek (2017): Politische Einstellungen bei Studierenden im Bereich Sozialwesen (Soziale Arbeit, Sozialarbeit, Sozialpädagogik). Np 2/2017, S. 155-172.

Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Soziale Arbeit: Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft. In: Lob-Hüdepohl, Andreas/ Lesch, Walter (Hg.) (2007): Ethik Sozialer Arbeit. Ein Handbuch. Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh, S. 20-53.

Weber, Max (1992): Politik als Beruf. Reclam, Stuttgart.

¹ Nach einer zeitgleichen Befragung von 3.226 Studierenden Sozialer Arbeit an deutschen Hochschulen würden sich 72,6 % als „politisch interessiert bezeichnen“ (Kulke 2018).

² Quelle: <http://www.nationalratswahl.at/ergebnisse.html>; Abruf am 20.05.2018

FH-Prof.in Dipl. Soz.Päd.in (FH) Dr.in Iris Kohlfürst

iris.kohlfuerst@fh-linz.at

Professorin für Ethik der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Oberösterreich in Linz. Sie promovierte 2015 im Fach „Sozialwirtschaft“ an der Johannes Kepler Universität Linz. Mehrjährige Tätigkeit in der Praxis der Sozialen Arbeit und als nebenberuflich Lehrende.

Prof. Dr. Dieter Kulke

dieter.kulke@fhws.de

Seit 2009 Professor für Soziologie an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt; davor verschiedene Tätigkeiten in Sozialplanung und Controlling; Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Politik Sozialer Arbeit; Inklusion; Qualitative Forschungsmethoden.

St. Pölten University of Applied Sciences

Jetzt anmelden!

Cannabisregulierung – und die Auswirkungen auf die Suchtberatung und Prävention

11. September 2018 | 09:00 – 15:00 Uhr |
FH St. Pölten

fhstp.ac.at/cannabisregulierung

soziales / fh st. pölten

© JuniArt/Shutterstock.com

bezahlte Anzeige

Politisches Engagement als Teil von Sozialer Arbeit

Über Engagement, Erfolg und Grenzen

Text: Das Interview führte Florian Zahorka, BA MA

Zahorka: *Politisches Engagement scheint für Dich ein zentrales Anliegen Deines beruflichen Werdegangs immer schon gewesen zu sein. Wie kam es dazu?*

Schiessling: Ich komme aus der Gewerkschaftsbewegung und habe bereits in meinen ersten Berufsjahren als Sozialarbeiterin an der Klinik Innsbruck mit einer eigenen Liste als Betriebsrätin kandidiert. Daraus ergaben sich dann zahlreiche ehrenamtliche Aufgaben: Kammerrätin in der AK Tirol, Frauenvorsitzende der sozialdemokratischen Frauen im ÖGB Tirol etc. 1999 wurde ich dann von der SPÖ gefragt, ob ich zum Tiroler Landtag kandidieren möchte. Plötzlich war ich Spitzenkandidatin meines Bezirks Innsbruck Stadt. Im Tiroler Landtag hatte ich viele Aufgaben: zehn Jahre Vorsitz des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeit, Vorsitz des EU- Ausschusses, Vizepräsidentin etc. Für mich war aber immer wichtig, auch meinen Zivilberuf als diplomierte Sozialarbeiterin an der Innsbrucker Klinik beizubehalten.

Wie hast Du es geschafft, Deine beiden Tätigkeiten in den Berufsalltag zu integrieren?

Schiessling: Ich hatte die Möglichkeit während meiner politischen Arbeit im Tiroler Landtag an der Klinik halbtags zu arbeiten und diese Arbeit von Montag- bis Freitagsvormittag auszu-

üben. Damit habe ich das Gesundheitswesen und die österreichische Sozialpolitik jeden Tag hautnah in der Praxis erlebt und konnte die Anliegen unserer PatientInnen und des Personals politisch gut und authentisch vertreten.

Wie lassen sich politisches Engagement und Soziale Arbeit verbinden?

Schiessling: Anfänglich glaubt man als „gelernte“ Sozialarbeiterin, dass Sozialarbeit und Politik ein Widerspruch sei. Dem ist aber nicht so: Beide Teile können sich, wie vorher beschrieben, gut ergänzen. Manche Dinge sind verschieden in diesen beiden Handlungsfeldern. In der Politik gelten zum Teil andere Spielregeln des persönlichen Umgangs miteinander. Es gibt nicht so viel Offenheit und Sinn zum Hinterfragen zwischenmenschlicher Beziehungen. **Politik hat mir aber auch gezeigt, dass manches pragmatisch zu sehen ist.** Man lernt dabei viele Menschen aus anderen Bereichen des Lebens kennen und setzt sich mit vielen anderen Einstellungen intensiver auseinander. Das schadet auch für die eigene Entwicklung nicht. Ich würde sagen, dass Sozialarbeit und Politik eine sinnvolle Ergänzung sein können. Zumindest war das für mich so.

Hast Du ein Beispiel, wie du kon-

kret Dein politisches Engagement für Soziale Arbeit geltend machen konntest?

Schiessling: Ja, da gab es eine ziemlich eindrückliche und für die Sozialarbeit im Krankenhaus in unserem Bundesland Tirol eine existenzielle Geschichte: Auch in Tirol wurde von Seiten der Pflege das Entlassungsmanagement (EMP), auch Überleitungspflege genannt, eingeführt. Damit sollten alle Pflegetätigkeiten für die Entlassung von der Pflege organisiert werden. Bisher hatten wir das als Sozialarbeiter-

Innen selbst erledigt, hatten aber nie etwas dagegen, dass dies von Seiten der Pflege geschehen soll. In der Praxis stellte sich jedoch heraus, dass darüber hinaus auch sozialarbeiterische Tätig-

keiten von der Pflege erledigt werden sollten. In vielen persönlichen Gesprächen mit den Verantwortlichen gab es leider keine Einigung und so blieb nur der Weg über die Politik. Diese stellte dann unmissverständlich fest, dass es eine genaue Abgrenzung der Tätigkeiten von Pflege und Sozialarbeit geben müsse und diese dann auch einzuhalten sei. In Funktionsbeschreibungen haben wir unsere Aufgaben festgelegt und derzeit funktioniert die Zusammenarbeit mit den EMPs gut.

Ich habe mich aber natürlich in den über 17 Jahren im Tiroler Landtag für sehr viele andere sozial-, gesundheits- und frauenpolitische Anliegen einge-

» Ohne Gesetz fehlt uns die Legitimation Sozialarbeit auszuüben. «



setzt. Z.B. Mindestsicherung, Kinderbetreuung, Einstellung von Menschen mit Behinderung etc.

Wann bist Du auf nicht überwindbare Hürden getroffen?

Schiessling: Das einzige, was nie gelungen ist, obwohl ich es natürlich auch im Tiroler Landtag probiert habe, ist eine gesetzliche Verankerung von Kliniksozialarbeit. Wir haben im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen kein eigenes Berufs-

» Politik hat mir aber auch gezeigt, dass manches pragmatisch zu sehen ist. «

gesetz und sind somit auch in den Krankenanstaltengesetzen der Länder nicht vorhanden. Auch auf Parlamentebene haben sich viele unserer KollegInnen für ein Berufsgesetz in den letzten Jahrzehnten eingesetzt. Leider ohne Erfolg! Langsam wird das für uns gefährlich, weil täglich neue Berufsgruppen entstehen, die alle sozial tätig sein wollen. **Ohne Gesetz fehlt uns die Legitimation Sozialarbeit auszuüben.** Alle Träger sozialer Einrichtungen können uns anstellen oder auch nicht!

Thema Primärversorgung, worin siehst Du Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Tätigkeit als SozialarbeiterIn?

Schiessling: Für mich ist die Krankheitsbewältigung und -verarbeitung untrennbar mit der sozialen Situation verbunden. Der Auftrag von Sozialarbeit im Gesundheitswesen ist aus meiner Sicht die Verbesserung der sozialen Situation und die Stärkung der Compliance des/der PatientIn. Wobei ich innerklinisch nochmals zwischen ambulantem und stationärem Setting differenzieren würde, da im stationären Kontext eine schnellstmögliche Entlassung gefordert wird.

Wenn es jetzt konkret um den Einsatz von SozialarbeiterInnen in der Primärversorgung geht, dann ist das für mich eine gänzlich andere Arbeit. Natürlich gibt es ähnlich zum Krankenhaus Hierarchien, wenngleich diese nicht so stark ausgeprägt sind.

Vielmehr sehe ich den Unterschied aber in der Herangehensweise nach den Prinzipien von Public Health, also den Gesundheitszustand so weit als möglich aufrecht zu erhalten und eine ausreichende, individuelle Lebensqualität zu sichern. Dort erweitert sich der Auftrag natürlich von sozialer Absicherung, Wohnsituation, Versorgungsmöglichkeiten für Angehörige, oder beispielsweise Kooperationen mit Einrichtungen wie z.B. Schulsozialarbeit. Sozialarbeit muss hier klar als Drehscheibe auftreten, wo vor allem das häusliche Umfeld dazu gehört.

Wie kann es gelingen, Aspekte der sozialen Situation in die Versorgung von PatientInnen einfließen zu lassen?

Schiessling: Ich würde es eben schon mit dem sozialen Auftrag argumentieren, dass Medizin oft alleine nichts nachhaltig bewirkt. Wir sprechen von ganzheitlicher Medizin, also dem

bio-psycho-sozialen Modell der Versorgung. In einer modernen Medizin gehört das soziale Umfeld, in dem man sich bewegt, mit einbezogen. Und auch die enge Zusammenarbeit verschiedener Berufsgruppen ist unabdingbar. Es muss besonders den MedizinerInnen klar sein, dass eine gute umfassende Unterstützung einen großen Einfluss auf die Genese haben kann und hat. Im psychiatrischen Bereich beispielsweise hat man schon vor etwa 40 Jahren erkannt, dass die reine medikamentöse Behandlung den gewünschten Erfolg nicht bringt. **Je besser der/ die PatientIn sozial, finanziell, beruflich abgesichert ist, desto höher sind die Chancen gesund zu werden.**

Wie kann diese Forderung umgesetzt werden?

Schiessling: Nur in der täglichen und oft mühsamen Auseinandersetzung

mit allen SystempartnerInnen über die Werte und Ziele professioneller Sozialer Arbeit und über das Kämpfen ein/e MitspielerIn zu werden. Hier müssen wir vor allem unsere Kompetenzen im sozialrechtlichen und gesundheitspolitischen Bereich sowie im Vernetzungsgedanken hervorheben, weil dies unsere Stärken sind und von keiner anderen Berufsgruppe angeboten werden können.

Vor allem die schnelle Genese nach Krankheiten scheint derzeit als Behandlungsparadigma zu gelten. Soziale Arbeit heißt aber auch, die Lebensentscheidungen von KlientInnen akzeptieren zu können. Welche Erfahrungen hast Du in der Zusammenarbeit mit dem Gesundheitssystem machen können?

Schiessling: Da gibt es auf jeden Fall einen Konflikt, weil jede Berufsgruppe andere Haltungen vertritt. In meinem Fall habe ich durch viel persönliche Auseinandersetzungen und praktische Beispiele versucht darzulegen, dass die Geschichte und die Perspektiven der PatientInnen zu respektieren sind. Das ist mühsame Kleinarbeit, sich hinsetzen und Zusammenhänge anhand von praktischen Beispielen zu verdeutlichen. Es wird immer Menschen geben, die keine Notwendigkeit in diesen Aspekten sehen, aber in den meisten Bereichen hat es sich auch in der

» Je besser der/ die Patientin sozial, finanziell, beruflich abgesichert ist, desto höher sind die Chancen gesund zu werden. «

Medizin durchaus etabliert, über den Tellerrand hinauszublicken. Bei der Wichtigkeit der Akzeptanz von Lebenszusammenhängen und Geschichten der Vergangenheit, muss aus meiner Sicht dennoch auch der zweite Kreis, die gesellschaftliche Ebene, im Zusammenleben beachtet werden. Das heißt, wieviel Autonomie kann man den KlientInnen zugestehen und wo ist es auch notwendig Grenzen aufzuzeigen.

Was würdest Du jüngeren SozialarbeiterInnen gerne mit auf Ihren beruflichen Weg geben?

Schiessling: Alles, was man nicht versteht, mit professioneller Hilfe zu reflektieren. Ich habe seit Arbeitsbeginn 1983 regelmäßig Supervision oder Intervention.

Nicht aufgeben und sich auch mit anderen Berufsgruppen des Gesundheitswesens immer gut vernetzen. Unsere Werte und Haltungen gerade in einer so hierarchischen Struktur wie dem Gesundheitswesen zu kommunizieren.

Liebe Gabi, vielen Dank für Deine Zeit und das Gespräch.



Das Interview führte **Florian Zahorka, BA MA**, Junior Researcher am Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung, FH St. Pölten

Mithilfe bei der Transkription: **Lukas Schreib**, Studentischer Assistent



**BUNDESTAGUNG
12.-13. 11. 2018**

STEIERMARK // SCHLOSS SEGGAU

**SOZIALE
ARBEIT**

**MACHT.
MUT.**

MENSCHENRECHTE LEBEN!



Soziale Arbeit als gesellschaftskritische Praxis

Text: Jasmin Wagner, MA

Soziale Arbeit versteht sich als eine gesellschaftskritische Profession, die problematische Verhältnisse aufgreift, analysiert und für soziale Gerechtigkeit einsteht. Vom staatlichen Auftrag ausgehend ist sie mit der Handlungsmacht ausgestattet, Menschen zu unterstützen, die aus unterschiedlichen Gründen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Als eine Arbeit mit Differenzen bezieht sie sich nicht nur auf die Lebensrealität von Individuen und Gruppen, sondern auch auf Normen als gesellschaftlicher Maßstab. Dabei ist zu hinterfragen, wie sich sämtliche Gesellschaftsverhältnisse entwickelt haben und wem dabei die Definitions- und Gestaltungsmacht zukommt. Welche (politischen) Gruppen sind aktiv, welche Personen werden gehört, welche sind dabei unerwünscht? Wer kann Diskurse und Normen mitbestimmen und wer wird dabei ausgeschlossen und gilt folglich als integrationsbedürftig? Um diese Fragen zu reflektieren ist es notwendig, die Wirkungszusammenhänge von Sozialer Arbeit und politischen, gesellschaftlichen und kapitalistisch-wirtschaftlichen Systemen – kurz gesagt von komplexen Machtverhältnissen – zu erkennen.

Soziale Arbeit stellt jenen Ort dar, an dem Benachteiligung, Diskriminierung und konstruierte Differenzlinien unserer Gesellschaft aufeinandertreffen. Die Folgen davon werden durch Marginalisierung von Personen sicht-

bar und bilden eine riesige Projektionsfläche, die zu professionellem und politischem Handeln aufruft. Durch die Soziale Arbeit als Institution werden diese Entwicklungen kontinuierlich hervorgebracht und reproduziert. Doch angesichts neoliberaler Entwicklungen und Ökonomisierungszwängen wird sukzessive der Blick auf diese Verhältnisse verstellt. Einrichtungen stehen in Konkurrenz zueinander, die Auslastungszahlen müssen erfüllt, der Zeitaufwand, die Methoden und die Interventionen legitimiert werden – es bleibt schlichtweg keine Zeit für öffentliches Auftreten, Vernetzung und solidarisches Handeln. Der Blick fürs ‚große Ganze‘ geht verloren, jede*r dümpelt im Alltagsgeschäft isoliert vor sich hin und lässt sich für politische Forderungen instrumentalisieren. So driftet die Funktion Sozialer Arbeit zunehmend in Richtung Exklusivverwaltung einer abgeschirmten gesellschaftlichen Zone, die Individuen und ihre sozialen Situationen isoliert betrachtet. Doch damit steht Soziale Arbeit im Widerspruch mit ihren professionsethischen Ansprüchen wie der Förderung sozialer Gerechtigkeit, der Realisierung von Menschenrechten oder der Gewährung gleicher Ressourcenzugänge – um nur einige zu nennen. Aufgrund einer durchaus machtvollen Position gelingt es ihr zwar, bei diversen öffentlichen und politisch relevanten Themen auf die eigene miserable Lage und die ihrer Adressat*innen aufmerksam zu machen. Dieses

Engagement geht jedoch mit einer gewissen Ohnmachthaltung einher, einer Art Opferrolle, die sie sich selbst zuschreibt und durch die sie aufgrund ihrer vermeintlichen Fremdbestimmung nur wenig bewirken zu können scheint. Ganz im Sinne des aktivierenden Sozialstaates werden soziale Probleme individualisiert und mittels oberflächlicher Hilfe kurzfristig beseitigt. Die Unsicherheit über den Fortbestand der Einrichtung, der finanziellen Absicherung und die dahingehend geschürten Ängste führen dazu, wissentlich oder unwissentlich, selbst Ein- und Ausschlüsse vorzunehmen. Diese Prozesse fordern die Menschen dazu auf, die vorhandenen Strukturen als machtvolle, unabänderliche Lebensbedingungen wahrzunehmen und zu ihren eigenen Bedürfnissen umzuformulieren. Es soll sozusagen nicht noch schlechter werden, daher sollten wir zufrieden sein mit dem, was ist (Gerlach, 2000, S. 85-86). Dies wird zwar von Professionist*innen und Studierenden kritisiert, letztendlich scheint aber keine Alternative greifbar, als sich in diesem Rahmen zu arrangieren und die Adressat*innen ebenso darin zu unterstützen. Somit ist die Profession nicht davor gefeit, wie eine ‚Marionette‘ den dominanten politischen Entwicklungen zu folgen. Die eigene Verstrickung im System sowie die Tatsache, an der Erhaltung und Stabilisierung der jeweiligen Verhältnisse beteiligt, ja sogar verantwortlich zu sein, wird meist nicht wahrgenommen.

Jene Entwicklungen sind äußerst risikoreich für den Erhalt der Sozialen Arbeit bzw. ist hierbei die Frage zu stellen, von welcher Sozialen Arbeit dann die Rede ist. Anstatt sich lediglich für Randgruppen zuständig zu sehen, sollte sie sich vielmehr für allgemeine gesellschaftliche Belange interessieren, die selbstverständlich Randgruppen miteinschließen. Die Logik der ‚Normalisierung‘ sowie die Definition über erstrebenswerte bzw. ‚gelingende‘ Lebensweisen sind zu hinterfragen. Es darf nicht darum gehen, Menschen lediglich in bestehende Strukturen zu integrieren und sie gesellschafts- und arbeitsfähig zu machen. Aus dieser Perspektive muss Soziale Arbeit sämtliche Normen irritieren, indem sie nicht Lebensrealitäten als Abweichung der Norm versteht, sondern Anerkennung und Veränderungen auf gesellschaftspolitischer Ebene schafft (Thiersch, 2013, S. 17-18). Der Grundgedanke, Menschen zur sozialen Integration zu verhelfen, entspricht zwar ideologisch dem Prinzip Sozialer Arbeit, wirft jedoch die Frage auf, in welche Strukturen Menschen integriert werden sollen. In welchen gesellschaftlichen Verhältnissen wird Integration ermöglicht, durch wen und für wen? Es muss reflektiert werden, ob sämtliche Integrationsbemühungen und Interventionen seitens der Sozialen Arbeit in strukturstabilisierende Wege münden und Ziele verfehlen, die für eine menschenrechtsorientierte, partizipative und politische Soziale Arbeit stehen.

Soziale Fragen sind politische Fragen

Die ursprüngliche Entstehung der Sozialen Arbeit innerhalb des Sozialstaates war es, die ‚Soziale Frage‘ zu stellen, nicht das Soziale vorweg als ein Problem zu benennen. Sozialen Fragen kann sich außerdem niemand mehr entziehen, schließlich lebt jeder Mensch in einem sozialen Gefüge.

Seit der frühen Industrialisierung und dem massiven Elend der Bevölkerung waren soziale Fragen präsent. Daraus entstand die Frage, wie dies innerhalb des kapitalistischen Systems zu lösen sei. Der gescheiterte Versuch, den Kapitalismus zu überwinden, führte zur Notwendigkeit von sozialen Reformen, die später den Sozialstaat formten und auch die Grundlage für eine Soziale Arbeit bildeten (Seithe, 2012, S. 399). Somit ist Soziale Arbeit immer schon Teil der Sozialpolitik gewesen und konnte systematische Folgen von Ungleichheit, wie Armut, strukturelle Schieflagen und andere soziale Disparitäten offenlegen. Es muss danach gefragt werden, ob gesellschaftlich etwas anders gelöst werden muss; wie stellt sich der Ort des Sozialen dar und welche Veränderungen braucht dieser? Zunächst sind also nicht nur der Hilfebedarf, die Not und das Problem zu fokussieren, sondern auch die Ursachen und Umstände, die soziale Fragen aufwerfen. An dieser Stelle setzt kritische Soziale Arbeit an, indem sie vor allem dort hinschaut, wo die Gesellschaft es bevorzugt wegzuschauen, und unangenehme politische Themen aufgreift. Kritik wird dabei zum notwendigen Ausgangspunkt der Beobachtung und Analyse komplexer Verhältnisse, die der Sozialen Arbeit als Institution zugrunde liegen. Eine kritische Haltung im professionellen Kontext verfolgt dabei das Ziel, gesellschaftliche Ordnungssysteme auf ihre hegemonialen Verschränkungen hin zu durchschauen, zu irritieren und zum Ausgangspunkt für anzustrebende Veränderungen zu machen. Die verstärkte politische Teilhabe ist dafür ebenso von Relevanz wie die kritische Reflexion des eigenen Selbstverständnisses hinsichtlich der Verortung im System. Durch die ganzheitliche Einsicht in Wirkungszusammenhänge und dem Kritizismus an menschenrechtswidrigen Verhältnissen obliegt es der Sozialen Arbeit sich zu positionieren, sich ak-

tiv einzumischen und ein politisches Selbstverständnis an den Tag zu legen (Seithe, 2012, S. 399-400). Folglich können Ursachen sozialer Probleme auch auf politisch-institutioneller und struktureller Ebene gesucht werden. Da Rahmenbedingungen immer von Menschen gemacht – also gestaltbar und veränderbar – sind, muss es möglich sein, auch abseits von gesellschaftlichen und politischen Forderungen das Soziale zu gestalten und Beziehungen und Handlungen nicht isoliert zu betrachten (Scheu, 2011, S. 46). Das doppelte Mandat stellt dabei in erster Linie die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichem und individuellem Auftrag dar. Das oft diskutierte politische Mandat, auch Tripelmandat genannt, eröffnet darüber hinaus die Chance, sich den sozialpolitischen Entwicklungen entgegenzustellen und diese nicht widerstandslos hinzunehmen (Staub-Bernasconi, 2013, S. 63). Staub-Bernasconi bezeichnet es als ein ‚fach- oder professionspolitisches‘ Mandat (ebd.) und verweist damit auf die politische Komponente der Sozialen Arbeit. In der Debatte um Professionalisierung wird diese zwar laufend betont, jedoch immer noch nicht durchgängig in den Institutionen realisiert. Potenziale zur Politisierung bleiben auf der Strecke, wenn konstruierte Kategorien und soziale Ordnungsvorstellungen als objektiv vorhanden betrachtet werden. Eine kritische Perspektive auf gesellschaftspolitische Diskurse und (historisch bedingte) Herrschaftsverhältnisse ermöglicht den Blick auf gegenwärtige Ausschließungsmechanismen. (Kunstreich, 2012, S. 159). So würde ich Kritik als ein Selbstverständnis der Sozialen Arbeit deklarieren – als eine Bewegung, die sich immer wieder neu ausrichten muss, um die bestehenden Verhältnisse zu erfassen.

Diskurs – Macht – Wissen

Die Machtverhältnisse, in denen sich

Soziale Arbeit bewegt, sind auf den verschiedenen Ebenen des Staatsapparates omnipräsent. Rommelspacher (1995) spricht von einer Dominanzkultur, in der diese machtvollen Ordnungen alle Bereiche des Lebens beeinflussen, sich durch alle gesellschaftlichen Kontexte ziehen und miteinander verwoben sind. Zugehörigkeiten und Nicht-Zugehörigkeiten, Ressourcenverteilung und Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe werden dadurch geregelt. Durch ‚Beziehung in einem Feld von Interaktionen‘ (ebd., S. 40) stellt Macht ein Möglichkeitsfeld dar, in welchem Veränderung und Verschiebung erreicht werden können (Foucault, 1992, S.32). Wissen und Macht erheben nicht den Anspruch, Wirklichkeit und Wahrheit zu erforschen, sondern haben ‚eine methodologische Funktion‘ (ebd.). Einer Hierarchisierung des Wissens ist entgegenzuwirken, die ein bestimmtes Wissen als die einzige Wahrheit erscheinen lässt. Soziale Arbeit ist ebenso an der Wissensgenerierung beteiligt und in Diskurse verstrickt. Spricht man von einem Diskursfeld, sollte es Voraussetzung sein, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft die Möglichkeit haben, sich gleichermaßen daran beteiligen zu können. Doch hier wird bereits eine Grenze deutlich: in einer komplexen Gesellschaft bekommen bestimmte Gruppen keine (politische) Stimme und somit keine Möglichkeit zur Repräsentation; vielmehr werden sie durch andere Gruppen ungefragt repräsentiert. Dabei handelt es sich um eine Definitions- und Deutungsmacht, die aber nicht nur Politiker*innen oder andere machthabende Gruppen im öffentlichen Raum haben, sondern genauso Akteur*innen der Sozialen Arbeit selbst. Die wohl größte ‚Fehlerquelle‘ im Zusammenhang mit Macht in der Sozialen Arbeit liegt in der Annahme, lediglich von einem machtdurchzogenen Umfeld umgeben, jedoch nicht selbst darin involviert zu sein. Macht wird überall dort

verortet, wo man selbst keine direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten vermutet (Tißberger et al. 2016, S. 40). Der Kern einer machtkritischen und machtsensiblen Haltung besteht darin, die eigenen Anteile zu erkennen, in denen die Soziale Arbeit als Akteurin und ‚Komplizin‘ jeweiliger Verhältnisse fungiert. Sozialarbeitende sind diejenigen, die über ein soziales Problem urteilen und über die Gestaltung von Lösungswegen entscheiden. Gerade deshalb müssen sie sich als politische Akteur*innen verstehen, um die jeweiligen Herrschaftsverhältnisse wie etwa Rassismus, Sexismus, Klassismus, die bei sozialen Fragen bedeutsam sind, zu fokussieren. Schließlich gründen die meisten individuellen wie auch kollektiven Ungerechtigkeits-erfahrungen auf problematischen Machtstrukturen. Bevor also den ‚Hilfsbedürftigen‘ geholfen wird – wie es der Gedanke der Gesellschaft und der Politik fordert – ist es Aufgabe der Sozialen Arbeit, nicht nur an der Oberfläche der ‚Hilfsbedürftigkeit‘ zu operieren, sondern die Strukturen von Kräfteverhältnissen zu erkennen, zu analysieren und zu verstehen, wie diese korrelieren. Ein Ziel sozialarbeiterischer Interventionen sollte eine Verschiebung von Machtverhältnissen sein, die durch fachliches Handeln einer Normalisierungslogik entgegenwirkt (Maurer, 2013, S. 116).

Politisierung als berufliches Selbstverständnis

Jedes Mitglied der Gesellschaft handelt politisch, innerhalb von institutionalisierten (öffentlichen) Rahmen, genauso wie in alltäglichen ‚privaten‘, nicht-institutionalisierten Situationen. Die Wahl eines Produkts, die Botschaft in sozialen Netzwerken oder die Entscheidung über eine Ausbildung sind Beispiele für Handlungen, die unmittelbar als privat erscheinen, tatsächlich aber politische Inhalte transportieren. Jede Handlung hat so-

mit weitreichende Konsequenzen, die das Soziale und die Gesellschaft beeinflussen (Stainer-Hämmerle, 2016, S. 5). Ob sich Soziale Arbeit nun unterwerfend oder widerständig verhält, sich als normanpassend oder normkritisch versteht, die politische Dimension ist unausweichlich vorhanden. Das ‚Unbehagen in der Gesellschaft‘ (Maurer, 2013, S. 136) muss sich an konkreten Orten artikulieren und ‚Kritik am Bestehenden ins Politische transformieren‘ (ebd.). Es geht also darum – und dies gilt es permanent zu reflektieren – Wege und Orte zu finden, an denen sich politische Aktivität entfalten kann. Mit Politisierung ist die bewusste Entscheidung für eine kritische Auseinandersetzung, Neuorientierung und Neubegründung des politischen Mandates gemeint (Gil, 2006, S. 139). Durch jede Interaktion mit Klient*innen, bei Teamentscheidungen und Verhandlungen mit Finanzierungsträger*innen findet Politisierung statt. Diese Orte brauchen einerseits in der Wissenschaft und Theorie und andererseits in der Praxis vor Ort Raum, um sich mit kritischem Blick für die gesellschaftliche Realität einzumischen. Das Bewusstsein darüber, dass Soziale Arbeit ihre Ziele selbstbestimmter verfolgen sowie machtvollen Verhältnisse durchschauen muss, ist zu schärfen – und zwar in der Ausbildung von Sozialarbeitenden, in der täglichen Praxis, mit Kolleg*innen, mit Adressat*innen, sowie an allen Orten des Sozialen (Seithe, 2012, S. 406).

Eine politisch motivierte Soziale Arbeit hat die soziale Frage zu stellen und muss ihre differenzierten Erkenntnisse über soziale Orte und deren Ungleichheitsverhältnisse öffentlich thematisieren. Von diesem Berufsverständnis ausgehend kann Soziale Arbeit nicht neutral sein. Selbst das De-Thematisieren von Verhältnissen ist ein politischer Akt, und zwar dadurch, dass hegemoniale Strukturen in stiller

Zustimmung gestützt werden (Gil, 2006, S. 139). Indem erkannt wird, dass Regeln und Strukturen einer Gesellschaft von Menschen gemacht und keine naturgegebenen Zustände sind, können Diskurse und politische Entscheidungsprozesse mitgestaltet werden. Reflexivität ist dabei der entscheidende Schritt und gleichzeitig die Voraussetzung, um Gegenkräfte und Widerstand zu einer neoliberalen und neosozialen Entwicklung zu mobilisieren. So sollte auch die Zukunft als bewusst gestaltbar und nicht nur an der gegenwärtigen Situation ausgerichtet werden (Seithe, 2012, S. 406).

Handlungs- und Gestaltungsräume wahrnehmen

Letztendlich geht es darum, Handlungsfähigkeit zu erlangen, die über dieses kritische Bewusstsein und das Wissen über strukturelle Zusammenhänge hinausführt. Infolgedessen gilt es, die eigene Position als politisch zu fassen und zu erkennen, wo Möglichkeiten zur politischen Partizipation eingeräumt werden. Den Menschen stehen als handelnde Subjekte immer alternative Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung. Dieses Handeln ist zwar auf bestimmte Rahmenbedingungen und Vorgaben angewiesen, lässt sich jedoch innerhalb derer gestalten und selbst an den Grenzen dieser Bedingungen erweitern (Tißberger, 2013, S. 362). Zu den wichtigsten Handlungsmöglichkeiten zählt es, Raum einzufordern, in dem eine kritische Reflexion über Leitbilder, Zielvorstellungen und die eigene Positionierung innerhalb der jeweiligen Institution, des Vereins und auch der Gesellschaft, stattfinden kann. Der Reflexionsprozess dient nicht nur dazu, ‚differenzierte Erkenntnis [...] zur Bereicherung meines intellektuellen Horizonts zu nutzen, sondern sie in Handlung umzusetzen und für Veränderungen zu arbeiten‘ (Tißberger, 2017, S. 252). In jedem gesellschaft-

lichen Kontext gibt es Möglichkeiten zur Gestaltung und Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Widerstand leisten ist eines der Mittel, das in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen immer schon eine Möglichkeit war und ist, Meinungen kundzutun und Ablehnung oder Unmut über bestimmte Themen und gesellschaftliche Zustände zu äußern. Es bietet den Mitgliedern der Gesellschaft ein Werkzeug zur Mündigkeit und zur Partizipation, welches in unterschiedlichen Belangen und auf allen Ebenen, in den Einrichtungen der Sozialen Arbeit sowie auf politisch-institutioneller Ebene, im persönlichen Umfeld und allen Gesellschaftskreisen, in denen man sich aufhält, eingesetzt werden kann. Im Kollektiv lässt sich selbstverständlich besser Widerstand leisten und aushalten (Gil, 2006, S. 83). Mithilfe öffentlich organisierter Gruppen kann Soziale Arbeit auf institutioneller Ebene agieren, indem sie sich weigert, ausschließlich technologisch und ressourcenschonend zu arbeiten, gegen sozialpolitische Forderungen demonstriert und sich nicht auf eine Arbeit als Sicherheits- und Kontrollinstrument reduzieren lässt. Unter Widerstand können jedoch nicht nur große Umbrüche im Sinne sozialer Bewegungen verfolgt werden, die ausschließlich mithilfe breiter Menschenmassen durchgesetzt werden können; im Gegenteil, Widerstand leisten bedeutet in der täglichen Arbeit kleine, scheinbar unsichtbare Veränderungen zu schaffen, die schließlich das gesamte System schrittweise und nachhaltig beeinflussen und verändern können. Gerade im Berufsalltag, an Orten, wo soziale Fragen der Gesellschaft ineinanderwirken, gewinnt jede*r Sozialarbeiter*in an Handlungsmacht. Die Reflexion muss dabei so weit gehen, dass durch widerständiges Verhalten zwar die Selbstermächtigung zu politischer Partizipation, zur Verschiebung von Machtverhältnissen und zur Reduktion von Diskriminierung

erhalten bleibt, gleichzeitig aber die machtvollen Effekte im Verhältnis zu Adressat*innen verringert werden. Diese Gratwanderung ist als andauernde Herausforderung in der Berufspraxis anzuerkennen.

Fazit und Ausblick

Festzuhalten ist, dass die jeweiligen Verhältnisse veränderbar sind und so auch die Bedingungen, die eine Veränderung ermöglichen. Hierbei ist die Rede von mächtigen Verhältnissen, die sich nur sehr langsam wandeln. Jahrhundertlang gelebte Herrschaftstraditionen lassen sich nicht in Kürze beseitigen. Ein Aufruf zu mehr politischem Engagement allein genügt aber nicht, um die Profession in Hinblick auf ihre Rechte und Pflichten, ihre Funktionsweisen und Handlungsmöglichkeiten zu prüfen. Ich plädiere dafür, sich in diesem Zusammenhang als Multiplikator*in zu verstehen, sich gegen menschenrechtswidrige Verhältnisse auszusprechen und dies als aktive politische Arbeit anzuerkennen. Zudem ist es im Ethikkodex der Sozialen Arbeit der IFSW verankert, sich gegen ungerechte politische Entscheidungen auszusprechen (IFSW, 2004). Der in dieser Definition enthaltene Appell, prekäre Lebensverhältnisse, in die die Soziale Arbeit Einblick erhält, an Staat und Gesellschaft heranzutragen, muss ernstgenommen und als selbstverständlicher Auftrag implementiert werden. Das Bild einer ohnmächtigen Sozialen Arbeit ist zu ‚durchkreuzen‘, indem auf Kernaufgaben aufmerksam gemacht wird, sowie gesellschaftskritische Perspektiven in Wissenschaft verankert und in der Praxis gelebt werden. Dabei muss Offenheit, Beweglichkeit und permanente Selbstkritik den kritisch-reflexiven Moment konstituieren. Ein solches Berufsverständnis ist in jeder Einrichtung der Sozialen Arbeit von den Akteur*innen selbst an den Tag zu legen und mit Engagement

und Beharrlichkeit durchzusetzen. Gerade weil Sozialarbeiter*innen in Institutionen und Strukturen eingebunden sind, können sie als durchaus machtvoller Teil der Gesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen Chancen ergreifen und sozialen Wandel vorantreiben. Dafür kann der historische Blick nicht nur das Verstehen an vergangenen Verhältnissen ermöglichen, sondern zeigt immer auch alternative Handlungsmöglichkeiten auf bzw. bietet Anknüpfungspunkte, um das heutige Geschehen der Gesellschaft zu verstehen. Diese vielfältigen Blicke sind immer wieder zu öffnen, um Fehlerquellen und Reflexionskategorien nicht auszublenden, sich über Widersprüchlichkeiten der eigenen Praxis bewusst zu sein, und sich den Kontroversen zu stellen, die der Sozialen Arbeit auferlegt sind. Eine kritische Praxis, die die Gesellschaft sowie ihre Interdependenzen und Historizität fokussiert, hat Potenzial zu einer sinnstiftenden, gerechtigkeits- und menschenrechtsorientierten Praxis, die aus der profitmaximierenden Ökonomisierungspolitik auszubrechen beginnt, sich selbst ermächtigt und im Kollektiv ihre Werte und Ziele vertritt.

Literatur

- Foucault, Michel. (1992). *Was ist Kritik?* Aus dem Französischen von Seiter, Walter. Berlin: Merve.
- Gerlach, Thomas. (2000). *Denkgifte. Psychologischer Gehalt neoliberaler Wirtschaftstheorie und gesellschaftspolitischer Diskurse*. Diplomarbeit, Universität Bremen. Verfügbar unter <http://www.kritische-psychologie.de/2000/denkgifte>, Zugriff am 02.12.2017
- Gil, David. (2006). *Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter*. Bielefeld: Kleine Verlag.
- IFSW (2004). *Ethics in Social Work, Statement of Principles*. Verfügbar

unter <http://ifsw.org/policies/statement-of-ethical-principles>, Zugriff am 07.11.2017

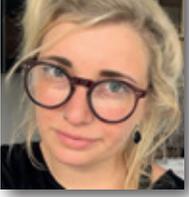
- Kunstreich, Timm. (2012). Partizipation im Dialog – Einiges von dem, was wir von Martin Buber und Paulo Freire lernen können. In B. Hauptert, S. Maurer, S. Schilling & F. Schultheis (Hrsg.), *Soziale Arbeit in Gesellschaft. Teil der Lösung – Teil des Problems?* Bern: Peter Lang Verlag.
- Maurer, Susanne. (2013). „We objekt!“ – Kritik-Geschichte(n) zwischen Theorie und Praxis. In W. Stender & D. Kröger (Hrsg.), *Soziale Arbeit als kritische Handlungswissenschaft. Beiträge zur (Re) Politisierung Sozialer Arbeit* (S. 121-138). Hannover: Blumhardt Verlag.
- Rommelspacher, Birgit. (1995). *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin: Orlanda.
- Scheu, Bringfriede & Atrata, Otger. (2011). *Theorie Sozialer Arbeit. Gestaltung des Sozialen als Grundlage*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Seithe, Mechthild. (2012). *Schwarzbuch Soziale Arbeit* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stainer-Hämmerle, Kathrin. (2016). *Politisches Handeln im demokratischen Systems Österreich*. In Forum Politische Bildung (Hrsg.), Information zur Politischen Bildung, Nr. 38, 5-13, Wien. Verfügbar unter <http://www.politischebildung.com/pdfs/38-polithandeln-lf.pdf>, Zugriff am 20.11.2017
- Staub-Bernasconi, Silvia. (2013). Kritische Soziale Arbeit – ohne auf eine Politisierungsphase Sozialer Arbeit warten zu müssen. In Stender, Wolfram & Kröger, Danny (Hrsg.), *Soziale Arbeit als kritische Handlungswissenschaft. Beiträge zur (Re) Politisierung Sozialer Arbeit* (S. 37-79). Hannover: Blumhardt Verlag.
- Thiersch, Hans. (2013). Perspekti-

- ven einer selbstbestimmten Sozialen Arbeit. In W. Stender & D. Kröger (Hrsg.), *Soziale Arbeit als kritische Handlungswissenschaft. Beiträge zur (Re) Politisierung Sozialer Arbeit* (S. 15-36). Hannover: Blumhardt Verlag.
- Tiðberger, Martina. (2013). *Dark Continents und das UnBehagen in der weißen Kultur. Rassismus, Gender und Psychoanalyse aus einer Critical Whiteness-Perspektive*. Münster: Unrast.
- Tiðberger, Martina et al. (2016). Im Geflecht von Machtverhältnissen. Soziale Arbeit, Rassismus und Intersektionalität aus einer Critical Whiteness-Perspektive. In C. Stark (Ed.), *Schriften zur Sozialen Arbeit*, Band 35. Linz: Pro Mente Edition.
- Tiðberger, Martina. (2017). *Critical Whiteness. Zur Psychologie hegemonialer Selbstreflexion an der Intersektion von Rassismus und Gender*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wagner, Jasmin. (2018). *Soziale Arbeit – Macht – System. Eine kritische Perspektive auf die Soziale Arbeit als ‚Drehkreuz‘ zwischen gesellschaftlichen (Ungleichheits-)Verhältnissen*. Unveröffentlichte Masterarbeit, Fachhochschule Oberösterreich, Linz.

Jasmin Wagner, MA

Jasmin.Wagner@exitsozial.at

Bachelorstudium Soziale Arbeit an der FH Linz und Masterstudium mit Schwerpunkt Interkulturelle Soziale Arbeit an der FH Linz. Sozialarbeiterin in der forensischen Nachsorge bei EXIT-sozial, FRAUEN_Wohngemeinschaften.



Professionelle Soziale Arbeit im Politischen Spiel

Die Relevanz politisch handlungswirksamer Sozialer Arbeit

Text: Madlen Behrle

Es gibt Sichtweisen und damit zusammenhängende Argumente, warum Soziale Arbeit fachpolitisch wirksam handeln soll. Staub-Bernasconi (2007) besagt, dass die Soziale Arbeit die Verpflichtung gegenüber ihren AdressatInnen hat, ihre politisch-beeinflussbaren Lebensumstände zu verbessern. Dies vor allem durch das Aufzeigen von Missständen, um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Befriedigung von Bedürfnissen aller Menschen positiv zu gestalten. Jedoch gibt es fortwährend auch MandatsgegnerInnen, die der Sozialen Arbeit jeglichen politischen Auftrag absprechen. So heißt es in Anlehnung an das Doppelmandat (Böhnisch; Loesch 1973), dass die Aufgabe der professionellen Sozialen Arbeit ausschließlich aus Beraten, Beschaffen, Betreuen und Kontrollieren besteht. Diese Sichtweise basiert auf der Annahme, dass sich die Soziale Arbeit ein politisches Mandat nicht anmaßen kann, da dies zu unerreichbaren Erwartungen und in Folge zu Enttäuschungen führen würde (vgl. Benz, Rieger 2015, S. 36). Die zwei Sichtweisen werfen die Frage auf, inwiefern SozialarbeiterInnen für die Mitgestaltung sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft mitverantwortlich sind. Dies beinhaltet gesellschaftliche Bedingungen und Zustände, die hinsichtlich ihrer relativen Verteilung von Rechten, Möglichkeiten, Chancengleichheit¹ und Ressourcen als fair oder gerecht bezeichnet werden können. Es geht vor allem um strukturelle

und sozialpolitische Verursachungsmechanismen, also Maßnahmen zur Verbesserung oder Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation, insbesondere benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen (Hradil 2012), die die Lebenswelt von AdressatInnen der Sozialen Arbeit beeinflussen (Thiersch 1986), sowie die Zuständigkeit der Sozialen Arbeit auf gesellschaftspolitischer Ebene. Sozialpolitische Rahmenbedingungen beeinflussen die Lebenswelt der AdressatInnen der Sozialen Arbeit. Im Fokus meiner Überlegungen steht die Frage nach der Relevanz politisch handlungswirksamer Sozialer Arbeit, in Bezug auf die problematischen Lebensumstände ihrer AdressatInnen. Eine Antwort darauf setzt sich aus den folgenden vier Teilbereichen zusammen.

Politik hat Einfluss auf die AdressatInnen Sozialer Arbeit

Zuerst sollte erwähnt werden, dass bereits verschiedenste TheoretikerInnen durch unterschiedliche Zugänge den Zusammenhang von Politik und Sozialer Arbeit verdeutlicht haben. So sind exemplarisch die lebensweltorientierte Sicht nach Thiersch (1986) auf die Lebensumstände von Menschen, die Orientierung an den Menschenrechten seitens Staub-Bernasconi (2007b) und das Bedenken ökologischer Hintergründe nach Wendt (2010) Legitimationsgründe für einen politisch-sozialarbeiterischen Zusammenhang.

Ferner steht die Historie Sozialer Arbeit in einem engen Zusammenhang mit sozialpolitischen Prozessen.

Die Geschichte zeigt: Soziale Arbeit als Disziplin und Profession hat sich ab ihrem Politisierungsschub bis dato ununterbrochen mit ihrer politischen Verantwortung auseinandergesetzt. Ende der 60er Jahre kam es in den meisten westlichen Industrienationen zu einer jugendlichen Protestbewegung. Diese richtete sich gegen Konsumorientierung, imperialistische Kriege und Ausbeutung der sogenannten „Dritten Welt“. Eine erste Generation von jungen Menschen war herangewachsen, die das Dritte Reich selbst nicht mehr miterlebt hatten. Der Großteil der jüngeren Generation strebte nach Mitteln, die über eine materielle Versorgung hinausgingen. Ein neues Denken, das durch die Ablehnung von Religion und die Förderung des Individuums geprägt war, entwickelte sich. Der durch Studierende getragene Protest richtete sich bald auch auf innenpolitische Ungerechtigkeiten. Vieles wurde von der Frankfurter Schule inspiriert, einer Gruppe von Philosophen und Wissenschaftlern, die an Werke von Marx, Hegel und Freud anknüpften und deren Zentrum in Frankfurt am Main am Institut für Sozialforschung angesiedelt war. Ihren Höhepunkt erreichten die Proteste 1968 in der sogenannten 68er-Bewegung. Die Soziale Arbeit wurde in den 70er Jahren stark

von dieser Bewegung beeinflusst, da neu entstandene „Fachhochschulen für Sozialarbeit/ Sozialpädagogik“ viele sozial engagierte junge Menschen anziehen (Vgl. Kuhlmann 2008, S.113ff). Die problematischen Lebensumstände von Menschen, die als sogenannte „sozial Schwache“ einer sozialen Randgruppe zugeordnet wurden, wurden nicht mehr nur aus der Perspektive einer individuellen Schuld gedeutet. Die Erkenntnis, dass gesellschaftspolitische Umstände und (un) bewusste Ausgrenzungsprozesse² Teil der Problematik waren, hatte Einzug in die Fachkreise der Sozialen Arbeit erhalten.

Politik kann problematische Lebensumstände verursachen

Politische Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen auf die AdressantInnen Sozialer Arbeit sind innerdisziplinär anerkannt. Exemplarisch wären die willkürliche Festlegung von Hilfemaßnahmen auf Zeit, knappe Zeiteinheiten in Beratungsgesprächen, die Beschäftigung nicht qualifizierter Arbeitskräfte in sozialstaatlichen Einrichtungen, Haushaltskürzungen, gedeckeltes Budget oder die Kürzung der Mindestsicherung zu nennen. Fehlende fachliche Expertise der Sozialen Arbeit wird gerade im Bereich der Sozialpolitik problematisch. Entscheidungen über gesellschaftliche Ordnungen werden getroffen, die dann direkt oder indirekt Einfluss auf die Lebenswelt aller Menschen haben. Gut zu beobachten ist dies im Bereich der Sozialpolitik, in der lebenswichtige Ressourcen wie Pflege- und Krankengeld oder Unfall- und Pensionsversicherungen von der Politik bestimmt werden. Auch der Zugang zu Ressourcen ist politisch determiniert. Zum Beispiel, wenn wir das Handlungsfeld Flucht und Migration betrachten, so ist zu beobachten, dass die Ressource der Staatsbürgerschaft (oder zumindest die der Aufenthalts-

berechtigung) Voraussetzung für den Zugang zu bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten³ ist (vgl. Sullima, Muy 2012, S. 61). Wie schon in den 60er und 70er Jahren ist die Debatte um mögliche individualisierte Gründe für problematische Lebensumstände und die Komponente der gesellschaftspolitischen Hintergründe im Fokus des innerdisziplinären Diskurses. Soziale Arbeit sieht den Menschen im Idealfall in seiner komplexen Lebenswelt – als Individuum und als Teil seiner Umwelt. Die gesellschaftlichen Hintergründe⁴ der Probleme ihrer AdressantInnen werden jedoch oft mit dem Argument der Individualisierung ausgeklammert. In einfachen Worten: „Jeder ist selbst für sein Schicksal verantwortlich. Bist du arm, hast du es selbst zu verantworten.“

Dass die Thematik der Armut um vieles komplexer ist, scheint nicht für jeden, und erschreckenderweise exkludiert dies auch PolitikerInnen nicht, selbstverständlich. Eine Leugnung der gesellschaftlichen und politischen Hintergründe bedeutet den Verlust eines zentralen Zuganges der Sozialen Arbeit zu den Problemlagen ihrer AdressantInnen. Zur Erklärung und Analyse, und in Folge zu möglichen Interventionen dieser Problemlagen müssen beide Ebenen berücksichtigt werden, so Mechthild Seithe, nämlich das Individuum selbst und die gesellschaftlichen, sozialen, materiellen und politischen Verhältnisse. Eine Soziale Arbeit, die sich nur auf eines der beiden begrenzt, verzichtet darauf, Ursachen und Lösungsmöglichkeiten zu identifizieren und trägt als Konsequenz zu einer Entpolitisierung der Gesellschaft und der eigenen Profession bei. (Vgl. Seithe 2012, S.319)

Belegt und unterstützt wird diese Erkenntnis vor allem durch etablierte Theorien der Sozialen Arbeit. Die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession (Staub-Bernasconi 2008) plädiert

auf die Komplexität der Lebenswelt ihrer AdressantInnen auf individueller sowie gesellschaftlicher Ebene. Auch die lebensweltorientierte und die ökosoziale Theorie Sozialer Arbeit verstehen die AdressantInnen Sozialer Arbeit als Teil ihrer Umwelt und infolgedessen auch als Teil der politisch gestalteten Gesellschaft, in der sie leben. Für Hans Thiersch (1986) und für Wolf Reiner Wendt (2010) gibt es eine kollektive Verantwortung die lebensgemeinschaftlichen Problematiken zu verbessern. Dies äußert sich durch das Anstreben von strukturellen Veränderungen und der Befähigung von Menschen, sie in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement zu stärken.

Soziale Arbeit verbessert problematische Lebensbedingungen

Wenn die Bewältigung von sozialen Problemen Gegenstand Sozialer Arbeit ist (vgl. Staub-Bernasconi 1994), so braucht es zwei Ansätze. Zum einem können Probleme durch gesellschaftspolitische Hintergründe verursacht werden, zum anderen können individuelle Ursachen ebenso Einfluss auf die Lebenswelt der Menschen haben. Ist ersteres der Fall, geht es darum, die strukturelle Einflussnahme durch sozialpolitische Methoden zu beenden, oder wenigstens zu beeinflussen. Können Problematiken (auch) auf das Individuum selbst – sein Verhalten, seine Einstellung, etwaige fehlende Kompetenzen oder Einschränkungen der Kognitionen – zurückgeführt werden, so muss auch hier partizipativ gearbeitet werden. Für die Soziale Arbeit bedeutet dies, eine ständige Auseinandersetzung mit den Entstehungsursachen von Problemlagen der AdressantInnen Sozialer Arbeit durch umfassende quantitative sowie qualitative Analysen der Lebenslagen ihrer AdressantInnen (vgl. Staub-Bernasconi 2008, S.23).

Die Verantwortung der Sozialen Arbeit

Das kollektive Ziel der sozialen Gerechtigkeit und die Prinzipien ethischen Verhaltens als Legitimation politisch handlungswirksamer Sozialer Arbeit sind ausschlaggebende Faktoren. Der Erhalt und die Verbesserung sozialer Gerechtigkeit werden von den meisten TheoretikerInnen und AutorInnen als zentrale Aufgaben der Sozialen Arbeit verstanden. Gesellschaftliche Verursachungsmechanismen, die sozialer Ungerechtigkeit zugrunde liegen, müssen kritisch hinterfragt werden. Erkenntnisse aus Konfliktanalysen müssen öffentlich sichtbar aufgezeigt werden. Dies mit dem klaren Ziel, politischen Druck zugunsten ihrer AdressatInnen auszuüben.

Trotzdem muss gesagt werden, dass die Definition sozialer Gerechtigkeit sich durchaus schwierig gestaltet, da die unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen durch subjektive Erfahrungen und Emotionen beeinflussbar sind. Dies beinhaltet zudem die Problematik, dass die angestrebte soziale Gerechtigkeit der Sozialen Arbeit nur aus ihrer eigenen Perspektive definiert ist. Dies schließt alle Gerechtigkeits-

vorstellungen von Nicht-Sozialarbeitenden aus.

Beinhaltet eine politische Verantwortung jedoch ein fachpolitisches Mandat? Eine eindeutige Antwort scheint die Fachliteratur nicht liefern zu können. MandatsbefürworterInnen argumentieren zwar, dass das Ziel einer sozial gerechten Gesellschaft schon genüge, um ein fachpolitisches Mandat zu legitimieren. Interessanterweise aber ist die Zahl derjenigen AutorInnen, die einem fachpolitischem Mandat skeptisch gegenüberstehen oder dieses sogar gänzlich ablehnen, erkennbar größer. MandatsgegnerInnen und SkeptikerInnen plädieren eher auf eine politische Verantwortung. Im Zuge meiner Recherche ist mir jedoch niemand untergekommen, der eine Verantwortung seitens Sozialer Arbeit auf gesellschaftspolitischer Ebene zur Gänze ablehnt. Nur ein explizites Mandat brauche es dafür nicht. Dabei argumentieren MandatsgegnerInnen wie Roland Merten (2001) weiter, dass ein fachpolitisches Mandat Problematiken, wie exemplarisch die Mandatserteilung, mit sich bringen. Die Problematik der Mandatserteilung beinhaltet die Frage, wer den Auftrag an die Soziale Arbeit erteilt hat, fach-

politisch zu handeln. Mögliche MandantInnen sind der Staat, die AdressatInnen Sozialer Arbeit oder die Soziale Arbeit im Sinne einer Selbstmandatierung. In welche Richtung sich eine Gesellschaft verändern soll und wer dies schlussendlich bestimmt, ist vielleicht sogar unbeantwortbar. Selbst wenn die Soziale Arbeit im Interesse ihrer AdressatInnen handelt und damit Auswirkung auf politische und gesellschaftliche Strukturen hat, kann dies nicht die Ganzheitlichkeit der Interessen der AdressatInnen abdecken. Und welche Rollen im Umkehrschluss der Politik oder der Verwaltung mit ihren sozialen Institutionen zugeordnet sind, kann nicht geklärt werden. Das viel beschriebene Spannungsverhältnis zwischen individueller Hilfe und gesellschaftlichem Auftrag erschwert die Thematik zudem. Wenn sich die Soziale Arbeit als eine Vermittlungsinstanz zwischen den AdressatInnen Sozialer Arbeit und dem Staat als Auftragsgeber versteht, muss neben einem politischen Mandat auch ihr professioneller Auftrag beachtet werden. Wenn man diesen als die Befähigung der AdressatInnen zur Selbstbestimmung und zur Wahrnehmung ihrer Rechte versteht, dann muss davon ausgegangen werden, dass mitunter auch „falsche“⁵

St. Pölten University of Applied Sciences

Jetzt anmelden!

Erkennen | Entscheiden | Ermöglichen
Arlt-Symposium zu Sozialer Diagnostik

18. und 19. September 2018 | FH St. Pölten

➔ arlsymposium.fhstp.ac.at

/soziales fh st. pölten

© Katarina Bagavay

bezahlte Anzeige

oder „bedenkliche“ Interessen entstehen. Kann die Soziale Arbeit auch diese legitim umsetzen? Zu viele Fragen bezüglich dieser Thematik sind noch ungeklärt.

Mit der Lösung vom Doppelmandat (Böhnisch; Loesch 1973) – dem Spannungsverhältnis zwischen individueller Hilfe und gesellschaftlichem Auftrag – scheint das Tripelmandat (Staub-Bernasconi 2007a) die Verantwortung einer politisch handlungswirksamen Sozialen Arbeit zurück an ihre Professionellen zu geben und umgeht somit die Frage nach der Mandatserteilung. Die Erweiterung um den Ethikkodex und eine wissenschaftlich fundierte Argumentationsbasis, legitimiert den politischen Auftrag an die Soziale Arbeit im Sinne einer Selbstmandatierung. Der Ethikkodex legitimiert, da er unabhängig von Hilfe, also auch den Bedürfnissen von Menschen, und Kontrolle, somit auch geschützt von äußeren Einflüssen, gilt. Somit ist das dritte Mandat eine Legitimation für die Annahme oder Verweigerung von Aufträgen und verschafft der Sozialen Arbeit eine kritische Distanz zu AdressatInnen, der Politik und den FinanzgeberInnen. Auch die Orientierung an den Menschenrechten ist ausschlaggebend, wenn es darum geht, gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen zu verändern. (Vgl. Staub-Bernasconi 2007b)

Zusammenfassend lässt sich sagen,

dass Politik Einfluss auf Menschen und somit auch deutlich auf die AdressatInnen Sozialer Arbeit hat. Dabei kann sie problematische Lebensumstände verursachen. Die Soziale Arbeit, mit dem Auftrag der Bewältigung sozialer Probleme ausgestattet, hat die Verantwortung diesen Auftrag auch wahrzunehmen. Der Diskurs über die politische Verantwortung der Sozialen Arbeit gegenüber ihren

AdressatInnen, aber auch gegenüber ihrer Disziplin und Profession selbst, muss weitergeführt werden. In Bezug auf zukünftige Professionelle sind auch die Hochschulen noch mehr in der Pflicht diesen Diskurs voranzutreiben. Zu hoffen wäre, dass sich SozialarbeiterInnen auch über ihre Institutionen hinaus und auch ohne ein klar definiertes Mandat weiterhin fachpolitisch engagieren.

Literatur

Benz, Benjamin; Rieger, Günter (2015): Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer Fachmedien

Merten, Roland (Hrsg.) (2001): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Pladen: Leske u.a.

Seithe, Mechthild (2012): Schwarzbuch Soziale Arbeit. 2., durchgesehene und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Staub-Bernasconi, Silvia (2007b): Soziale Arbeit: Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft. In: Lob- Hüdepohl, Andreas; Lesch, Walter (Hrsg.) (2007): Ethik Sozialer Arbeit: Ein Handbuch. Paderborn: Schöningh

Staub-Bernasconi, Silvia (2008): Menschenrechte in ihrer Relevanz für die Soziale Arbeit als Theorie und Praxis, oder: Was haben Menschenrechte überhaupt in der Sozialen Arbeit zu suchen? In: Widersprüche, 28. Jg., S.9-32

¹ Gleichheit der beruflichen, rechtlichen und sozialen Möglichkeiten für alle, ohne Rücksicht auf Geschlecht oder Herkunft.

² „Labeling“- Prozess (Goffman 1967)

³ Ein Staatsbürger hätte beispielsweise

das Recht auf einen ungestörten Aufenthalt im Land. Die politischen Rechte sind exemplarisch das Wahlrecht oder die Teilnahme an Volksabstimmungen etc. und zudem das Recht auf Schutzanspruch österreichischer Vertretungsbehörden im Ausland. Soziale Rechte beziehen beispielsweise das Recht einer geregelten Arbeit nachzukommen mit ein.

⁴ Gemeint sind hier auch die Problematiken der Stigmatisierung und die damit verbundenen „labeling“-Prozesse gesellschaftlicher Randgruppen.

⁵ Exemplarisch nennt Tom Schmid die im Frauenhaus betreute Frau, die die angestrebte Lösung von ihrem Partner erreicht, nur um einige Wochen später einen anderen Partner des gleichen Typs zu finden. Wenn man dieser These glauben mag, ergibt sich ein Dilemma, denn wenn die AdressatInnen der Sozialen Arbeit „falsche“ Interessen und Ziele haben, muss dann die Soziale Arbeit die Zielefindung für sie übernehmen? Wer ist aber dann Mandatsgeber? (Vgl. Schmid o.J., S. 8ff) Ob es falsche, oder im Umkehrschluss, richtige Ziele und Interessen gibt, und wer bestimmt was nun falsch oder richtig ist, kann nicht beantwortet werden. Eine komplette Objektivität kann nicht erreicht werden. Richtig und falsch liegen somit im Auge des Betrachters und eine Beantwortung der Frage ist nicht möglich. Aus diesem Grund wird hier das Wort falsch auch unter Anführungszeichen gesetzt. Es soll darstellen, dass es ein falsch-sein objektiv nicht gibt und mir ein Definitionsversuch, meines Erachtens, nicht zusteht.

Behrle Madlen

26 Jahre, Bachelorstudentin
Soziale Arbeit, FH Vorarlberg



Zwischen barrierefreiem Rechtsverkehr und Erwachsenenschutz

Text: DSA Mag.^a jur. Eringard Kaufmann, MSc (Supervision)

Sozialarbeit ist als Menschenrechtsprofession gefordert, Positionen zu beziehen um Entwicklungen durch Empowerment und Partizipation von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Das In-Kraft-Treten des Erwachsenenschutzgesetzes Mitte des Jahres ist Anlass im Folgenden Wechselwirkungen aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen zu beleuchten. Das Erwachsenenschutzgesetz setzt eine Empfehlung der UN Behindertenkommission aus dem Jahr 2013 um. Nach der Durchführung eines Modellprojektes mit Begleitforschung (Mayrhofer, Hammerschick 2015) ist es ein Schritt, um fremdbestimmte Entscheidungsfindung durch unterstützte Entscheidungsfindung zu ersetzen. Wenn es gelingt, umfassende Barrierefreiheit auch im Rechtsverkehr weiter zu entwickeln und unterstützte Entscheidungsfindung alltäglich zu praktizieren, wird das neue Gesetz seine rechtspolitische Zielsetzung voll erreichen können. Die politische Verantwortung der Sozialarbeit ist es, bestehende Zusammenhänge zu benennen und erforderliche Maßnahmen einzufordern. Dazu wird zu Beginn auf neu entstehende Barrieren durch die Digitalisierung und den erschwerten Zugang zu Sozialleistungen eingegangen. Danach werden die oft hinderliche Dynamik des Föderalismus im Sozial- und Gesundheitsbereich und die fehlende gesellschaftspolitische Dynamik des Gesetzes dargestellt. Daraus ergibt sich eine

Agenda der Sozialen Arbeit, die abschließend kurz umrissen wird.

Neue Barrieren auf Grund technischer Entwicklungen

Durch die Abwicklung von Geschäften aller Art online und dem erschwerten Zugang zu Sozialleistungen, entstehen neue Barrieren für Menschen mit Behinderungen. Das ist beispielsweise die fehlende Benutzbarkeit von Bankomaten für Menschen mit Mobilitäts- oder Sehbeeinträchtigungen oder zahlreiche Geschäfts- und Behördeneingaben, welche oft nur mit erheblichen Kosten auf traditionellem Weg erledigt werden können. Damit fällt Unterstützung und Beratung weg, welche bis vor kurzer Zeit selbstverständlicher Teil des rechtsgeschäftlichen Lebens waren und etwa bei Banken in viel mehr Filialen angeboten wurden. Diese Unterstützung entfällt vorerst ersatzlos und das erschwert Menschen mit Behinderungen und vielen älteren Menschen die selbstständige Erledigung von Angelegenheiten. Die Anforderungen von umfassender Barrierefreiheit werden in der Planung und Konzeption von digitalen „Erleichterungen“ oft nicht berücksichtigt. Es ist darauf zu achten, dass nicht nur Menschen mit Mobilitäts- oder Sinnesbeeinträchtigungen, sondern auch mit Lernschwierigkeiten oder psychosozialen Beeinträchtigungen, die Angebote ohne fremde Hilfe nützen können. Wenn dies

nicht passiert, entsteht durch Barrieren zusätzlicher Assistenz- und Unterstützungsbedarf. Dieser wird derzeit nicht ausreichend abgedeckt. Eine Verbesserung ist nicht absehbar. Die Forderung diese technischen Entwicklungen verpflichtend umfassend barrierefrei für KundInnen zu gestalten, hat bisher weder in Österreich noch in Europa eine ausreichende politische Umsetzung erfahren. Das Erwachsenenschutzgesetz orientiert sich daran, Selbstbestimmung durch Unterstützung bei der Entscheidungsfindung zu fördern. Es verfügt über keine Mechanismen, welche jene Barrieren zum Thema machen oder beseitigen können, die Unterstützung erforderlich machen. Der nach dem Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz (BGStG §§10 ff) vorgesehene Rechtsschutz gegen Diskriminierung sieht die Beseitigung von Barrieren leider noch immer nicht vor. Die kürzlich erweiterte Möglichkeit von Verbandsklagen ist nur ein sehr kleiner Schritt in die richtige Richtung. So ist etwa das österreichweite Angebot des betreuten Kontos¹ dringend erforderlich. Das betreute Konto wurde von der Schuldnerberatung entwickelt und wird von Partnerorganisationen mit der Zweiten Bank umgesetzt. Auch die Finanzierung von der notwendigen (persönlichen) Assistenz wird von den Bundesländern schon lange eingefordert und wurde nur teilweise umgesetzt.

Veränderungen der Mindestsicherung

Die Gewährung von notwendigen finanziellen Unterstützungen von Amts wegen, war ehemals ein Element progressiver Gesetzgebung. Diese Regelungen wurden zwar niemals breit gelebte Realität, sie sind aber mit sozialem Weitblick entstanden. Heute ist meist schon die Beantragung der Mindestsicherung eine Barriere, die selbst für DurchschnittsbürgerInnen Stress verursacht. Menschen mit oft mehrfachen Beeinträchtigungen können diese Barriere nicht eigenständig meistern und es wundert nicht, dass dies bereits jetzt oft Auslöser für eine Sachwalterschaft ist. Durch die zuletzt oft erfolgreich angefechtbaren Novellen der Länder zur Mindestsicherung, ist eine kompetente sozialrechtliche Vertretung wichtig geworden, um existenzielle Rechte durchzusetzen. Dies trifft im Falle von erworbenen Behinderungen und schweren Erkrankungen auch für Abklärungen rund um die sogenannte „Invaliditätspension neu“ zu. Der aktuelle Rechtsschutz dafür muss trotz zivilgesellschaftlicher Initiativen als unzureichend betrachtet werden. Das von Bund und Ländern erhoffte Einsparungspotential verursacht durch erhöhten Assistenz-, Unterstützungs- und Vertretungsbedarf auch in Zukunft Erwachsenenschutz.

Die leidige Dynamik des Föderalismus

Bisher wurden fehlende Angebote an Unterstützung oft durch die Bestellung eines Sachwalters scheinbar kompensiert. Ein Umstand, der mit dazu beitrug, dass die Zahl der Sachwalterschaften laufend anstieg. Da die Finanzierung der Vereine meist kein bedarfsdeckendes Angebot ermöglichte, werden viele Sachwalterschaften nach wirtschaftlichen Kriterien in Kanzleien von NotarInnen und

RechtsanwältInnen geführt. Auch bei gutem Willen kann eine systematische Förderung der Selbstbestimmung der KlientInnen im Sinne von Empowerment durch Kanzleien nicht erfolgen. Vielmehr verursacht es für die Betroffenen oft nicht nur viel Stress, sondern zusätzlich auch noch hohe Kosten. Das wird sich nicht plötzlich mit 1.7.2018 ändern. Durch ein erweitertes Clearing und eine verbesserte Finanzierung der Erwachsenenschutzvereine, soll dem aber entgegengewirkt werden. Das Gericht hat aber auch in Zukunft dann für eine gesetzliche Erwachsenenvertretung zu sorgen, wenn keine andere Lösung gefunden werden kann. Für Alternativen fehlen sehr oft Angebote der Länder. Das Bekenntnis der Länder zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention und damit zu Selbstbestimmung und Empowerment, erfolgt sowohl zögerlich, wie oft halbherzig. Die Einrichtung von Landesmonitoringausschüssen wird als ein positives Zeichen gewertet. Dennoch stellt die Umsetzung der unterstützten Entscheidungsfindung und der Persönlichen Assistenz offenkundig ein Langzeitprojekt auf Landesebene dar. Die Interessensvertretungen der Menschen mit Behinderungen fordern immer wieder einen Inklusionsfonds² aus Bundesmitteln, damit die Bundesländer die entsprechenden Mittel nicht zur Gänze selbst aufbringen müssen.

Um das Verständnis zu fördern, dass unterstützte Entscheidungsfindung nicht nur in die Zuständigkeit des Justizressorts fällt, sondern Teil der alltäglichen Arbeit mit Menschen mit Behinderungen sein muss, hat der obds – Berufsverband der Sozialen Arbeit gemeinsam mit der Fachhochschule St. Pölten Anfang des Jahres eine Fachtagung durchgeführt. Bei dieser partizipativen und inklusiven Tagung wurden wesentliche Elemente für gute unterstützte Entscheidungsfindung erarbeitet.

Zur Umsetzung sind Veränderungen der bestehenden Dienstleistungsangebote auch durch Mitbestimmung und Partizipation sowie der Ausbau von Peerberatung erforderlich. Dies ist eine Herausforderung an die Weiterentwicklung der Methodik sozialer Beziehungsarbeit in Praxis, Lehre und Forschung.

Gesundheitsberufe unter Druck und Security?

Eine besonders hohe Sensibilität wird die Umsetzung der unterstützten Entscheidungsfindung durch die Gesundheitsberufe erfordern. Dazu wurde vom Justizministerium mit diesen gemeinsam ein sogenanntes Konsenspapier erarbeitet. Nachdenklich macht es dabei, dass immer öfter der Einsatz von Security Thema in Krankenanstalten ist, wenn Konflikte zu eskalieren drohen. Es ist schon jetzt traurige Realität, dass für entlastende Gespräche in emotionalen Ausnahmesituationen das Fachpersonal nicht ausreichend Zeit hat. Wie es unter diesen Rahmenbedingungen gelingen wird, Menschen mit Behinderungen tatsächlich ein unterstützendes Angebot bei der Entscheidungsfindung zu organisieren beziehungsweise dieses anzubieten, wird die Praxis zeigen. Es ist nicht bekannt, ob hier von den Trägern der Krankenanstalten personelle Vorkehrungen getroffen werden. Klinische SozialarbeiterInnen sind jedenfalls gefordert, die Umsetzung des Erwachsenenschutzgesetzes aufmerksam zu beobachten und die Qualität der Umsetzung im Auge zu behalten. Besonders wichtig wären hier der fachliche Austausch der KollegInnen aus der Praxis und die Vernetzung mit den Fachhochschulen zur Entwicklung fachlicher Standards.

Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung

Das Erwachsenenschutzgesetz und

die hoffentlich dauerhaft verbesserte Finanzierung der Erwachsenenschutzvereine, können einen Beitrag zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen leisten. Dazu wird das erweiterte Clearing beitragen, das neben sozialer Diagnostik auch noch etwas ressourcenorientierte soziale Intervention ermöglichen soll. Eine Regelung mit einer entscheidenden Dynamik zur Beseitigung von Barrieren, die Erwachsenenvertretung erforderlich machen, ist im Gesetz leider nicht enthalten. Denn weder wird die notwendige Ausschöpfung von Möglichkeiten gemäß fachlicher Standards vor der Erwachsenenvertretung gefordert, noch sind irgendwelche Rechtsfolgen vorgesehen, wenn Barrieren im rechtsgeschäftlichen Verkehr die Erwachsenenvertretung auslösen. Durch Bezug auf fachliche Standards war es beispielsweise möglich, Freiheitsbeschränkungen gemäß dem Heimaufenthaltsgesetz³ durch die BewohnerInnenvertretung zu reduzieren. Um bestehende oder neu entstehende Barrieren im rechtsgeschäftlichen Verkehr zu sanktionieren, wurden im Rahmen der Reform etwa zusätzliche Anfechtungsgründe beim Abschluss von Verträgen diskutiert. Zu dieser Idee wären Schlichtungsstellen zur außergerichtlichen Regelung von daraus resultierenden Streitigkeiten eine zusätzliche Möglichkeit gewesen. Dieses Konzept hatte den besonderen Charme, dass es dazu beigetragen hätte, Barrieren im rechtsgeschäftlichen Alltag zum Thema zu machen.

Agenda der Sozialen Arbeit und der DienstleistungsanbieterInnen

Das Erwachsenenschutzgesetz wird so gut sein, wie das soziale Umfeld, in dem es umgesetzt wird. Daher ist soziale Arbeit in Praxis und Forschung gefordert, dieses Umfeld zu analysieren und dessen Auswirkungen zu benennen. Dabei geht es erstens darum,

Empowerment als integralen Bestandteil Sozialer Arbeit in allen Bereichen umzusetzen. Zweitens sind im Sinne von Koproduktion Mitbestimmung und Partizipation in Dienstleistungsorganisationen zu implementieren und weiterzuentwickeln. Menschen mit Behinderungen können etwa im Rahmen von Peerberatungen auch als ArbeitnehmerInnen angestellt werden. Drittens ist unterstützte Entscheidungsfindung in allen Kontexten Sozialer Arbeit als methodischer Ansatz umzusetzen. Sozialarbeit ist gefordert sich aktiv neu zu positionieren und von alten Zuschreibungen zu distanzieren. Das bedeutet in beruflichen Kontexten auch die erforderlichen Konflikte in Institutionen und Dienstleistungsorganisationen in konstruktiver Art so zu bearbeiten, dass tatsächlich eine nachhaltige Veränderung möglich wird. Basis und Lehre sollten gemeinsam erarbeiten, welches ergänzende methodische Wissen hier im Rahmen von Aus- und Fortbildungen hilfreich sein kann. Der Sozialen Arbeit kommt dabei nicht nur an der Basis eine wichtige Rolle zu, sondern auch in der Dokumentation des Bestehenden, dessen Evaluierung und letztlich dessen Beforschung.

Literatur:

Hemma Mayrhofer, Walter Hammerschick: Soziologische Begleitforschung und Evaluierung des Modellprojekts „Unterstützung zur Selbstbestimmung“, Endbericht, Executive Summary. Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS) (Hrsg.), Dezember 2015 (Zusammenfassung als Download verfügbar: https://www.irks.at/assets/irks/Publikationen/Forschungsbericht/UzS_Executive%20Summary.pdf 15.5.2018)

Walter Fuchs, Walter Hammerschick, Veronika Hofinger, Hemma Mayrhofer: Vom vertretenen zum unterstützten Rechtssubjekt. Begleitforschung zum Modellprojekt „Unterstützung zur Selbstbestimmung“ in Österreich. (Als Download unter https://www.irks.at/assets/irks/Publikationen/UzS_ebook.pdf 15.5.2018)

Bundesministerium für Justiz: Das neue Erwachsenenschutzgesetz. https://www.vertretungsnetz.at/fileadmin/user_upload/4_Sachwalter/2017_bmj_justiz_erwshg_kurz.pdf (15.5.2018)

Bundesministerium für Justiz: Konsenspapier Banken und Konsenspapier Gesundheitsberufe. <https://www.justiz.gv.at/web2013/home/justiz/erwachsenenschutz/konsenspapiere-mit-institutionen-43.de.html> (15.5.2018)

¹ Weitere Informationen zum betreuten Konto finden sich unter <http://www.schuldenberatung.at/fachpublikum/news/2017/02/Betreutes%20Konto%20Neu.php> (11.5.2018)

² Siehe dazu z.B. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170921_OTS0011/hofer-und-pichler-praesentieren-die-forderungen-behindertenpolitik-2017-2022-in-gemeinsamen-presespraech (11.5.2018)

³ § 5 Abs 3 des HeimAufG: „Eine Freiheitsbeschränkung darf nur unter Einhaltung **fachgemäßer Standards** und unter möglicher Schonung des Bewohners durchgeführt werden.“ (Hervorhebung durch die Autorin)

DSA Mag.a jur Eringard Kaufmann, MSc (Supervision)

arbeitete jahrzehntelang in der Vereinssachwalterschaft und Bewohnervertretung an der Basis und als Geschäftsführerin. Danach war sie für die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention sowohl im Dienstleistungsbereich wie als Generalsekretärin des jetzigen Behindertenrates auch politisch tätig. In der Pension ist sie ehrenamtliche Leiterin der obds Fachgruppe Soziale Arbeit mit Menschen mit Behinderungen und bei knack:punkt Selbstbestimmt Leben Salzburg beratendes Vorstandsmitglied mit den Schwerpunkten unsichtbare Behinderungen und Frauen mit Behinderungen.



Solidarität muss Praxis werden - in Innsbruck und Überall

Das politische und kritische Verständnis der „Resilienz – Aktionsbewegung für soziale Verantwortung“

Text: Sophie Lindtner

Wir möchten mit einer kleinen Vorstellungsrunde beginnen, weil wir Student*innen der Sozialen Arbeit das aus unserem FH-Alltag so gewohnt sind. Allerdings werden wir nicht die einzelnen Individuen, sondern unser Selbstverständnis, unsere Positionsbestimmung, unsere Werte – also das, was uns als Kollektiv ausmacht – vorstellen.

Die Resilienz definiert sich seit November 2014 als Aktionsbewegung für soziale Verantwortung und setzt sich aus Studierenden der Sozialen Arbeit und mittlerweile auch aus bereits ausgebildeten und in der Praxis tätigen Sozialarbeiter*innen zusammen. Als dezidiert kritische, parteiunabhängige und friedliche Plattform in Innsbruck wollen wir eine aktive Rolle in der Zivilgesellschaft einnehmen, um mit gelebter Solidarität einen Beitrag zur Gestaltung und Aufrechterhaltung demokratischer Werte zu leisten. Die Auseinandersetzung mit strukturellen Ungleichheiten und der (Re-)Produktion von Armut in unserer Gesellschaft veranlasst uns in Zeiten des Neoliberalismus, in dem vermeintlich Jede*r seines*ihres eigenen Glückes Schmied ist, verstärkt Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem zu üben. In Anlehnung an die Zweite Frauenbewegung und Hannah Arendt sind wir der Überzeugung, dass weder das Private, noch das Soziale vom Politischen zu trennen sei.¹ Bailey und Brake, welche die kritische Soziale Ar-

beit in den späten 1970er-Jahren zum theoretischen Rahmen alltäglicher sozialarbeiterischer Praxis deklarieren, drücken ihr und unser Verständnis folgendermaßen aus: „Social workers [...] confront daily, as their job, the victims of an economic and political structure that creates poverty and humiliation.“²

Kritische Soziale Arbeit als Theoriebezug

Während „Radical Social Work“ das Bestehen von Ungleichheiten ausschließlich an Klassenunterschieden in unserer Gesellschaft festmacht und somit als marxistischer Ansatz gedeutet werden kann³, umfasst das Verständnis von Ungleichheit und Ungerechtigkeit der Resilienz mehrere Dimensionen. Angelehnt an Lena Dominellis „Anti-Oppressive Social Work“⁴ kann gewissermaßen von einer Erweiterung kritischen Denkens auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene und dem Bewusstsein gegenüber Diversität gesprochen werden, da zusätzlich zur ökonomischen Ausstattung die persönlichen, institutionellen und kulturellen Gegebenheiten Berücksichtigung finden. Nachdem Differenzkategorien Zuschreibungen wie arm/ reich, schwarz/ weiß, weiblich/ männlich, jung/ alt etc. erfahren, werden diese be- bzw. abgewertet, was einerseits dichotome Machtverhältnisse absichert und andererseits eine binäre Einteilung in untergeordnete

und dominante Gruppen (re-)produziert. Wie sich die jeweilige ausgeübte oder ausübende Macht auf die jeweiligen Lebensumstände der Klientel der Sozialen Arbeit auswirkt, wird dabei stets in den bestehenden Verhältnissen (von Beziehungen und der Gesellschaft als Bündel von Beziehungen) betrachtet, um einen möglichst realitätsnahen, materialistisch-strukturalistischen bzw. poststrukturalistischen Zugang zu gewährleisten.⁵

Dekonstruktion als Basis für die Praxis

Mit dem Theoriebezug der kritischen Sozialen Arbeit als Überbegriff kann in der sozialarbeiterischen Praxis durch Dekonstruktion von bestehenden Verhältnissen ein (selbst-)reflexives Umdenken stattfinden, woraus wiederum Handlungsansätze abgeleitet werden können. Dekonstruktion basiert dabei angelehnt an Lagemann, welcher sich auf Erkenntnisse von Derrida und Englerst stützt, auf einem Dreierschritt⁶, welchen ich anhand der Entwicklung Sozialer Arbeit bzw. ihrer Auftragsklärung zu skizzieren versuche:

1. Es erfolgt zunächst eine Identifikation von Kategorien, welche meist Gegensätze aufweisen. Für die Soziale Arbeit kann ihr traditioneller Doppelcharakter bzw. das Spannungsfeld zwischen Hilfe und Kontrolle aufgezeigt werden.
2. Je nach hierarchischen Strukturen

bzw. Machtgefällen erfahren die jeweiligen Kategorien unterschiedliche Bewertungen. Auf der einen Seite wertet die Soziale Arbeit, entstanden als Fürsorgeprofession, wohl den gesellschaftlichen Hilfeaspekt gegenüber dem staatlichen Kontrollauftrag als vorrangig oder – je nach Betrachtungsweise – auch zwischenmenschlich vertretbarer. Andererseits überwiegt im öffentlichen Interesse, vertreten durch unsere Politiker*innen, wahrscheinlich der Kontrollaspekt, um das bestehende System abzusichern. Unserer Ansicht nach fällt dieser Kampf um Hegemonie zugunsten des staatlichen Auftrags der Kontrolle aus, da von Staatsvertreter*innen eine höhere Definitionsmacht als von Sozialarbeiter*innen ausgeht. Es lässt sich eine Parallele zur „Radical Social Work“ über Marx ausmachen: „[...] the ideas of the ruling class in every epoch are the ruling ideas [...] the class which is the ruling force in society is at the same time its ruling intellectual force. The class which has the means of material production at its disposal has control at the same time over the means of mental production, so that thereby, generally speaking the ideas of those who lack the means of mental production are subject to it [...]“⁷⁷

3. Die Einbettung der aufgestellten und bewerteten Dichotomien in ihre gesellschaftlichen und historischen Strukturen soll zur Überwindung eindimensionaler Erklärungsansätze beitragen und scheinbar festgestellte und belegte Widersprüchlichkeiten in Bewegung setzen. Dabei kann – mit Brecht gesprochen und in Bezug auf die kritische Theorie – ein „Gemeinsames Drittes“⁴⁸ entstehen. Die Soziale Arbeit nimmt neben Hilfe und Kontrolle eine dritte Komponente auf – jene des „politische[n] Mandat[s] der Sozialen

Arbeit“⁴⁹ und mit ihr eine sozialpolitische, die bestehenden Strukturen hinterfragende, Ausrichtung eben dieser. An dieser Stelle kann wiederum der Bezug zur Resilienz hergestellt werden, welche ein aktives, politisches Sich-Einmischen in die bestehenden Verhältnisse vertritt und als „Gemeinsames Drittes“ zwischen Anpassung und Abweichung verstanden werden kann.

Widerstand als Ergebnis der Dekonstruktion von Anpassung und Abweichung

Anknüpfend daran kann eine Dekonstruktion der Kategorien „Anpassung“ und „Abweichung“ vorgenommen werden, welche möglicherweise Aussagen über die eigene Wertehaltung und darauf aufbauende Ausrichtung sozialarbeiterischer Tätigkeit treffen kann. Bereits Student*innen können sich innerhalb ihres Kontextes mit diesem Spannungsfeld auseinandersetzen: Studierende der Sozialen Arbeit entsprechen – ob sie das wollen oder nicht, ob es ihnen bewusst ist oder nicht – in vielerlei Hinsicht der Norm, welche durch den zu unterzeichnenden FH-Bildungsvertrag abgesichert wird. In unserem Fall verpflichten

wir uns gegenüber dem „MCI Management Center Innsbruck – Internationale Hochschule GmbH“, die vertraglich vereinbarten Regelungen einzuhalten. Als Beispiele können die Anwesenheitspflicht, Studiengebühren, unbezahlte Praktika, angemessene Kleidung, die Einhaltung der jeweils gültigen Prüfungsordnung, u.v.m. genannt werden.¹⁰

Gleichzeitig zeigen sich nicht immer und nicht alle Student*innen konform oder einverstanden mit den vorherrschenden Anforderungen der FHs – sei es auf struktureller, fachlicher oder interaktiver Ebene. Wie in einem nächsten Schritt Kritik geübt und somit von bestehenden Normen abgewichen wird, ist jedoch sehr unterschiedlich. Fragen, die sich Studierende, aber ebenso Praktiker*innen der Sozialen Arbeit stellen können, um

connect
Karrieremesse
Sozialwirtschaft

20.11.2018
10 – 16 Uhr
FH OÖ
Campus Linz
Garnisonstraße 21

Hol Dir Informationen zu
**JOBS
AUSBILDUNG
PRAKTIKUM
ZIVILDIENTST**
im Sozialbereich
in OÖ

**FREIER
EINTRITT**
zur Messe

über 40
Informationsstellen

buntes
Rahmenprogramm

Fachtagung
Personalmanagement
(nur mit Anmeldung)

www.connect-sozialwirtschaft.at
connect-sozialwirtschaft

Impressum: Sozialplattform OÖ, Schillerstraße 9, 4020 Linz, connect@sozialplattform.at, 0732-667594

Ehrenschutz: Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer
Eine Veranstaltung von Sozialplattform OÖ,
FH OÖ Campus Linz, IV Sozialunternehmen

Save the date! →



auf ihre (politische) Positionierung zwischen Anpassung und Abweichung Rückschlüsse führen zu können, sind folgende: Wie groß ist der interne oder externe Anpassungsdruck? Wie verhalte ich mich, wenn ich nicht einer Meinung mit meinen Lektor*innen, Kolleg*innen, Leiter*innen, etc. bin? Steckt in mir ein (verstecktes) Widerstandspotential? Bin ich krisen- und konfliktbereit? Wie weit würde ich gehen? Welche Risiken können auftreten? Bin ich Einzelkämpfer*in oder organisiere ich mich in Zusammenschlüssen? Wie äußere ich etwaiges abweichendes Verhalten? Verstumme ich? Klage ich? Suche ich den Dialog? Oder schrei' ich laut auf?

Nach einer fundierten Selbstreflexion können die Bereitschaft und der Mut zum Handeln entstehen, welche in

ein „Gemeinsames Drittes“ münden können. Wir, die Resilienz, entscheiden uns zwischen Anpassung und Abweichung für Widerstand und laden Sie, liebe Leser*innen, dazu ein, Ihre persönlichen und sozialarbeiterischen Verhaltens- und Handlungsoptionen zu erschließen. So kann man den Widerspruch zwischen Ohnmacht und Verrücktheit, zwischen Handlungsunfähigkeit und irrationalen Tun dekonstruieren, um andere Wege einzuschlagen, die uns in unserer Professionalität stärken sollen.

Bedeutung für die Resilienz

Wenn „Kritische Theorie vornehmlich kritische Reflexion auf gesellschaftliche Praxis [ist]“¹¹, welcher die institutionalisierte Soziale Arbeit als kons-

titutiver Teil angehört, können neue Erkenntnisse gewonnen werden, aus welchen sich alternative Handlungsmöglichkeiten ableiten lassen können. So haben einige Sozialarbeitsstudent*innen in Innsbruck im Herbst 2014 anlässlich der angedrohten Kürzungen bei Sozialeinrichtungen befunden, dass sie dies nicht so hinnehmen wollen. Dementsprechend vereinten sie sich zu einem Kollektiv, ganz den Grundsätzen kritischer Sozialer Arbeit entsprechend, um geschlossen konstruktive Kritik zu üben und friedlichen Widerstand zu leisten. Die politische Arbeit der Resilienz besteht u.a. aus dem internen Austausch im Plenum, Vernetzungs-, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie aktivistische und widerständige Formen von politischem Engagement.

Als konkretes Beispiel möchte ich unser Vorgehen hinsichtlich des mit 17. Mai 2017 verabschiedeten Gesetzesentwurfs zur Novellierung des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes (TMSG) schildern, das offiziell auf Einsparungen der Landesregierung abzielte, de facto aber verschärfte, existentielle Prekarisierungstendenzen in den Lebensentwürfen der Bezieher*innen produzierte. Neben den 49 Stellungnahmen, Politikberatungen, Podiumsdiskussionen, Medienarbeit, etc. seitens sozialer Institutionen und sozialpolitischer Arbeitskreise hat die Resilienz nach öffentlichkeitswirksamen Aktionsformen gesucht. Und in zweierlei Hinsicht gefunden: Zum einen haben wir im Bescheidsformat (inklusive Spruch, Begründung, Rechtsmittelbelehrung, Beiblatt) und verpackt in Briefumschlägen auf die Änderungen im TMSG aufmerksam gemacht, indem wir diese an Innsbrucker Haushalte ausgetragen haben. Aufgrund mangelnder finanzieller, zeitlicher und personeller Ressourcen war uns leider keine flächendeckende Aufklärungsarbeit möglich, dennoch konnten wir zur Bewusstseins-schaffung beitragen¹². Zum anderen haben wir gemeinsam mit dem SPAK (Sozialpolitischer Arbeitskreis) eine Kundgebung am Landhausplatz zwei Tage vor Verabschiedung des Gesetzesentwurfs unter dem Motto „Mindestsicherungen durchgebrannt“ geplant.¹³ Trotz der breiten Solidarisierung und des gemeinsamen Auftretens gegen die Verschärfungen im TMSG ist die Novellierung mit 1. Juli 2017 – beschlossen vom Tiroler Landtag – eingetreten. Welche Bedeutung hat es nun für uns, dass unser Widerstand den politischen Entscheidungsprozess nicht beeinflussen konnte? Resignation? Wut? Gewaltanwendung?

Abgeleitet aus unserem Selbstverständnis können Resignation und Gewaltanwendung sogleich als mögliche Handlungsalternativen der Resilienz

ausgeschlossen werden. Die Bereitschaft zur kontinuierlichen kritischen Auseinandersetzung mit (national-)staatlichen Strukturen und bestehenden Machtverhältnissen lässt keinen Platz für Resignation. Ebenso ist Gewalt keine Option, weil wir uns in unseren Aktionen für die Nutzung demokratisch legitimer Mittel entscheiden, um Missstände aufzuzeigen und dagegen vorzugehen. Bleibt noch die Wut, die in konstruktiver Äußerung und Sichtbarwerdung sowohl kanalisiert werden, als auch in Folge dessen, Mut und Veränderung bewirken kann. Zur Angelobung der ÖVP-FPÖ Bundesregierung im Dezember 2017 haben sich unter „Innsbruck gegen Faschismus“ diejenigen zivilgesellschaftliche Bündnisse und Kollektive – so auch die Resilienz – erneut vereint, die ein Zeichen gegen die (zum Teil) menschenverachtenden politischen Vorhaben der amtierenden Regierung setzen wollen. Die Ankündigung bzw. das bereits vorgelegte Konzept nach der Regierungsklausur in Mauerbach Ende Mai dieses Jahres ist nur ein Beispiel, in welche Richtung sich die österreichische Politik mit ihren Reformplänen bewegt. Nachdem

das Niederösterreichische Modell, an dem die Bundesregierung die Gesetzesänderungen für ein vereinheitlichtes Mindestsicherungsgesetz in Form eines Grundsatzgesetzes auf Bundesebene anlehnen wollten, vom Verfassungsgerichtshof gekippt wurde, sucht die Regierung nach einer Möglichkeit einer rechtskonformen, aber stets xenophoben Ausrichtung des neuen Modells. Neben der Schlechterstellung von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten werden u.a. auch bereits die Leistungen bei Kleinfamilien drastisch gekürzt.¹⁴

Für die Resilienz ist klar, weiter kritisch und widerständig zu bleiben und sich solidarisch mit jenen zu zeigen, die von den politischen Veränderungen unter Schwarz-Blau bzw. Türkis-Blau und sozialer Ungerechtigkeit am meisten betroffen sind. Neben Zusammenschlüssen von Studierenden und Praktiker*innen in bestehenden sozialpolitischen Arbeitskreisen versucht eine kritische Soziale Arbeit stets, nicht nur über ihre Klientel, sondern vor allem mit den betroffenen Klient*innen über ihre Interessen, Anliegen und Rechte zu spre-



wien cert
Quality Standard for
Social Work



OS'T
Netzwerk für •Organisationsberatung
•Sozialforschung •Supervision •Training

Mit den Zielen der KlientInnen arbeiten:
Der Systemisch-Lösungsfokussierte Ansatz
in der Sozialen Arbeit

**Ein Praxislehrgang für stärken- und ressourcenorientiertes
Vorgehen (gerade auch bei „schwierigen“ KlientInnen) in
der Sozialen Arbeit, in Beratung, Coaching und Therapie.**

Beginn: 21.- 24. November 2018, in Wien

Anmeldung und Informationen bei:
Institut für Lösungsfokussierte Praxis, Netzwerk OS'T
Tel.: +43-1-523 38 55 / office@netzwerk-ost.at / www.netzwerk-ost.at

Der Lehrgang umfasst insgesamt 12 Seminar- und 4 Gruppensupervisions-Halbtage und endet im Mai 2019. Die Termine finden Sie auf unserer Webseite.

Gerne beraten wir Sie auch zu möglichen finanziellen Förderungen Ihrer Teilnahme!

chen. An dieser Stelle kann auch der Unterschied der Sozialen Arbeit zur kritischen Sozialen Arbeit ausgemacht werden.

Legitimation kritischer Sozialer Arbeit

Laut internationaler Definition Sozialer Arbeit der IFSW (International Federation of Social Workers) und laut Ethikkodex sind die Menschenrechte mit ihrem obersten Prinzip der Menschenwürde sowie die soziale Gerechtigkeit als direkte Bezugspunkte sozialarbeiterischer Tätigkeit verankert. Entgegen philosophischer, z.T. utopischer Gerechtigkeitskonzepte soll bei der Vorstellung sozialer Gerechtigkeit in Bezug auf unsere Gesellschaft Verteilungsgerechtigkeit durch Umverteilungsprozesse hergestellt werden. So sollen Klient*innen „auch Anspruch auf einen angemessenen Anteil am gesellschaftlichen Vermögen haben und dadurch in wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen in einen Zustand faktischer Gleichheit versetzt [...] werden“¹⁵. Abseits der ethischen Legitimierung stützt sich die kritische Soziale Arbeit außerdem auf die Verteidigung der Demokratie und ihrer sozialstrukturellen Errungenschaften, welche durch das politische Einwirken im wohlfahrtsstaatlichen Kontext abgesichert, aufrechterhalten oder verändert werden sollen. Aufgrund ihrer partizipatorischen und emanzipatorischen Ausrichtung stellt die kritische Soziale Arbeit Überlegungen dahingehend an, dass und wie „Ermächtigung und Bemündigung“¹⁶ aller Bürger*innen einer Gesellschaft im Sinne einer „Demokratisierung“¹⁷ möglich ist. Abzugrenzen ist diese Ausrichtung von selbstbestimmter Aktivierung von jener des Neoliberalismus, welche auf eine Arbeitsmarktzentrierung und das dortige individuelle Fördern und Fordern abzielt.¹⁸ In Bezug auf Marx und die „radical social work“ kann also angeführt werden, dass die Befreiung



der „Klasse-an-sich“, die auf einem Komplex objektiver Bedingungen beruht“¹⁹, als Ziel verfolgt wird. Kritische Sozialarbeiter*innen streben eine kollektive Selbstermächtigung ihrer Klient*innen an, welche sie als „auf subjektiven Faktoren basierende[n] ‚Klasse-für-sich‘“²⁰ verstehen. Dieses Verständnis kritischer Sozialer Arbeit trägt auch zu der Erklärung bei, warum in der Praxis auf Methoden wie „Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit, Artikulation und Analyse der politischen Strategien, advokatorische und politische Interventionen“²¹ fokussiert wird. Desweiteren werden Befähigungs- bzw. Empowermentansätze eingefordert, die „repressiven Machtverhältnissen und strukturellen Ursachen für Ungerechtigkeiten entgegentreten und diese [...] bekämpfen“²². Kritische Soziale Arbeit nimmt Abstand von einzelfallorientierten Methoden, weil sie sich ihrer Handlungsbeschränkung in der individuellen Betrachtungsweise sozialer Probleme bewusst wird. Welche Voraussetzungen es für einen Beitrag als aktive Akteurin zu sozialem Wandel braucht und welche Möglichkeiten es gibt, auf struktureller Ebene Veränderungen in den bestehenden Verhältnissen zu bewirken, soll in „Strategien gegenhegemonialer sozialer Praxis gemeinsam mit und nicht etwa gegen ihr (sic!) Klientel“²³ ausgearbeitet werden.

Aufruf zum Sich-Einmischen

Wie eingangs erwähnt, ist weder das Private noch das Soziale vom Poli-

tischen zu trennen. Wie stark die jeweiligen Wechselwirkungen sind und wie weit sie in unser alltägliches Leben hineinreichen, wird in dem Moment deutlich, in dem sich die kritische Soziale Arbeit dazu bekennt, dass umgekehrt das Politische nicht vom Persönlichen zu trennen sei.²⁴ Im Sinne der Mitgestaltung sozialen Wandels, die sich nicht nur in der internationalen Definition Sozialer Arbeit, sondern auch im dritten Mandat finden lässt, weisen wir darauf hin, „dass gemeinsamer Kampf Spaß macht und Mut, und dass er das beste Mittel ist gegen Depression, Resignation und Burn-out“²⁵. Aktivistische Bewegungen, sozialpolitische Arbeitskreise und konstruktiver Widerstand können dabei als „Gemeinsames Drittes“ gesehen werden, um Antworten auf das Dilemma zwischen Hilfe und Kontrolle und jenem zwischen Anpassung und Abweichung zu finden.

Dies kann als Aufruf an all jene verstanden werden, die sich als Sozialarbeiter*innen verstehen und gegen die bestehenden Verhältnisse ein Zeichen setzen und gemeinsam an Lösungen arbeiten wollen! Vielleicht gelingt es uns, gemeinsam Mobilisierungsstrategien auszuarbeiten, die nicht nur uns, sondern auch Klient*innen in unsere politische Arbeit miteinbeziehen, ohne sie zu instrumentalisieren. Die Resilienz trifft sich derzeit jeden zweiten Montag um 19:00 im Nadelöhr Nähcafé in der Defreggerstraße 18, 6020 Innsbruck. Auf unserer Face-

book-Seite „Resilienz – AB Soziale Verantwortung“ können sich Interessierte informieren, wann wir uns treffen und welche Themen wir besprechen. Gerne können auch Anfragen an „resilienz-aktionsbewegung@gmx.at“ gesendet werden.

Abschließend möchten wir noch auf den „Sozialhackler*innenkongress“ unter dem Motto „Soziale Arbeit unter Schwarz/ Blau – Wir wollen keine Mittäter*innen sein“ am 21. bis 22. September 2018 in Wien, hinweisen. Organisiert und eingeladen wird von unseren Wiener Freund*innen („KNAST“ – Kritisches Netzwerk Aktivistischer Sozialer Arbeit) mit dem Ziel, eine gemeinsame Positionierung gegen die Instrumentalisierung und Mittäter*innenschaft Sozialer Arbeit in der bestehenden neoliberalen, menschenverachtenden Ausschlusspolitik zu erarbeiten. Der genaue Ort wird noch bekannt gegeben. Aktuelle Informationen können unter der Facebook-Seite „KNAST“ eingesehen werden. Wir freuen uns auf ein breites, bundesweites Vernetzungstreffen, um gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit – im Speziellen mit Blick auf jene Menschen, die Soziale Arbeit in Anspruch nehmen (müssen) – einzutreten!

Literatur

Bailey, Roy; Brake, Mike (1980): Contributions to a radical practice in social work. In: Brake, Mike; Bailey, Roy (Hg.): Radical social work and practice. London: Edward Arnold. 7-25.

Burri, Thomas (2004): Marxistisch orientierte Theorien der Sozialen Arbeit. Sozialistische Positionen. In: Sozialistische Positionen; Beiträge zu Politik, Kultur und Gesellschaft (Hg.): sopus 6/2004. URL: <https://www.sopos.org/aufsaeetze/40bdb7168aee7/1.phtml.html>. Abruf 23.05.2018.

Dominelli, Lena (2002): Anti-Oppressive Social Work Theory and Practice. Basingstoke (Hampshire), New York: Palgrave Macmillan.

Seithe, Mechthild (2012): Schwarzbuch Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 2. Auflage.

Zimmermann, Ingo (2012): Zwischen Marx und Moderne. Grundlagen einer Kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Essen: Die blaue Eule.

¹ vgl. Riescher 2003, 59-77; Solmaz 2016, 166-186

² Bailey et al. 1980, 8

³ vgl. ebd., 7-18; Ferguson 2009, 83

⁴ Dominelli 2002

⁵ vgl. ebd., 7-36

⁶ vgl. Lagemann 2001, 44-46

⁷ Marx 1939, zit. n. Bailey et al. 1980, 17-18

⁸ Brecht 1967 zit. n. Kunstreich 2011, 10

⁹ Seithe 2012, 398

¹⁰ vgl. MCI 2015

¹¹ Zimmermann 2012, 231

¹² vgl. Trummer 2017

¹³ vgl. ebd.; Resilienz et al. 2017

¹⁴ vgl. John 2018

¹⁵ Otto et al. 2010, 147

¹⁶ Seithe 2012, 404

¹⁷ Burri 2004

¹⁸ vgl. Zimmermann 2012, 227

¹⁹ Bourdieu 1985, 14

²⁰ ebd.

²¹ IFSW 2014, 3

²² ebd.

²³ Zimmermann 2012, 231

²⁴ vgl. Bailey et al. 1980, 9

²⁵ Seithe 2012, 421

Sophie Lindtner

Bachelorstudium der Sozialen Arbeit am MCI (Management Center Innsbruck) seit 2015

Praktikum im Übergangswohnhaus des DOWAS (Durchgangsort für Wohnungs- und Arbeitssuchende), Innsbruck
Praktikum im BARWO (Beratungsstelle für Arbeits- und Wohnungssuchende) des VfO (Verein für Obdachlose), Innsbruck

Auslandssemester an der UNIZAR (Zaragoza, Spanien)

Auf dem Weg zu einer geschlechterbewussten Sozialen Arbeit mit Blick auf Frauen in der Wohnungslosigkeit in Innsbruck

Das „Obdachlosenverbot“ in Innsbruck, Eine Annäherung aus Sicht der kritischen Sozialen Arbeit und die Forderung nach Recht auf Wohnen

Bachelorprüfung

Teil der Resilienz – Aktionsbewegung für soziale Verantwortung seit 05/2016
<https://www.facebook.com/resilienz.AB/>

resilienz-aktionsbewegung@gmx.at

Bücher

Zusammengestellt von DSA Gabriele Hardwiger-Bartz



Ulrich Deinert (Hrsg.)
**Jugendliche und die „Räume“
der Shopping Malls**
**Aneignungsformen, Nutzungen,
Herausforderungen für die
pädagogische Arbeit**
**Mit aktuellen Studien aus Deutschland,
Österreich und der Schweiz**
Soziale Arbeit und Sozialer Raum, Band 4
2018, Verlag Barbara Budrich, 210 Seiten,
25,60 Euro

„Unter der Hand wird Mc Donald's zum meistfrequentierten Jugendhaus in Deutschland und die Shoppingmalls sind so interessant, dass selbst Jugendliche aus abgelegenen ländlichen Regionen am Wochenende Hunderte von Kilometern zurücklegen, um diese zu erreichen.“ (S. 119)

Ulrich Deinert befasst sich in seinem neuen Band mit der Bedeutung von Shopping Malls als neue Räume für Jugendliche. Eine von ihm durchgeführte Studie an 300 Jugendlichen in Deutschland zeigt auf, warum diese Räume bei den jungen Menschen so beliebt sind und was ihre Attraktionsmerkmale sind. Außerdem wird die Rolle der Offenen Jugendarbeit in diesen kommerziell ausgerichteten Orten diskutiert. Neben den Studienergebnissen kommen Gastautor_innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zu Wort.

Während es im englischsprachigen Raum, im Speziellen in den USA, schon eine differenziertere Auseinandersetzung mit der Thematik dieser (halb-)öffentlichen Räume gibt, beschäftigt sich die deutschsprachige Forschung erst seit ein paar Jahren damit.

Offene Jugendarbeit in der Shoppingmall wird in diesem Forschungsband aus unterschiedlichen teils widersprüchlichen

Aspekten heraus betrachtet.(...). Konsens besteht aber darin, dass die Fachkräfte der Offenen Jugendarbeit das Setting Shoppingmall im Auge behalten sollten. Die Einkaufstempel beeinflussen und verändern den Sozialraum und damit die Lebenswelt der Jugendlichen so maßgeblich, dass sie von zeitgemäßer Jugendarbeit nicht ignoriert werden dürfen.

Offene Jugendarbeit in der Shoppingmall kann auf bewährte Methoden und Grundhaltungen zurückgreifen: Sozialraumarbeit, Partizipation und Beteiligung, sowie Bildungs- und Aneignungsorientierung. Auch hinsichtlich lokaler Bildungslandschaften, die in Deutschland weit fortgeschrittener sind als in Österreich, sind die (halb-)öffentlichen Räume der Einkaufszentren wichtige Orte.

Trotz der im Band skizzierten Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und Mallmanagement wird ein gelungenes Kooperationsmodell von mobiler Jugendarbeit im Shoppingcenter genauer vorgestellt und diskutiert: LeoAction und LeoChill im Leo Center in Leonberg nahe Stuttgart. (...) Das Erfolgskonzept dürfte laut Autor darauf beruhen, dass es sich nicht um ein rein sozialpädagogisches/sozialarbeiterisches Konzept handelt, sondern dass die Stadtverantwortlichen im Sinne einer Planung des Sozialraums mit eingebunden sind – und das von Beginn des Projekts an. Für die Öffnung von Shoppingmalls für soziale Angebote im Bereich Jugendarbeit ist die öffentliche, politische Ebene der Kommune maßgeblich, konstatiert der Autor.

Ute Neumann, deutsche Stadtsoziologin, weist in ihrem Gastbeitrag daraufhin, dass sich Jugendliche in den Settings der Einkaufszentren urbane Kompetenz erwerben und spricht von einem Wandel von Straßen- zu Mallsozialisation.

Sebastian Rahn und Thomas Meyer stellen eine Typologie von jugendlichen Nutzer_innen von Shoppingmalls auf: die spaßorientierten Residents, die Perspektivensuchenden, sowie die eventorientierten Touristen. Jeder Typus birgt eigene Interessen und Motive.

Martina Schorn, österreichische Sozial- und Jugendkulturforscherin, plädiert für ein Ablegen der kulturpessimistischen Sichtweise, die in der Shoppingmall „einen defizitären Raum und eine minderwertige Alternative zu den öffentlichen Freiräumen

der Stadt“ sieht. Wichtig sei es die Qualitäten der neuen Räume als wesentliche Sozialisationsräume von jungen Menschen anzuerkennen. Erst dann wäre eine vorurteilsfreie zeitgerechte Sozialforschung möglich.

Alles in Allem stellt der Band einen gelungenen Einblick in die Thematik dar. Umfassend und multiperspektivisch werden die Pros und Kontras von Jugendarbeit im Setting Shoppingmall diskutiert. Eine gute Grundlage für Jugendarbeiter_innen sich mit der Thematik fundiert auseinanderzusetzen, von den Erfahrungen anderer zu lernen und die eigene Haltung dazu zu entwickeln.

Rezension von: boJA - Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit, 1020 Wien
www.boja.at

HINWEISE

Waltraud Waidelich,
Margit Baumgarten (Hrsg.):
Um-Care zum Leben
Ökonomische, theologische,
ethische und ökologische Aspekte
von Sorgearbeit
2018, VSA Verlag, 128 Seiten,
€ 11,10

Jorge Bucay
**Komm, ich erzähl dir
eine Geschichte**
Mit zahlreichen Illustrationen
von Gusti
2018, Fischer, geb., 328 Seiten,
Euro 15,50, Taschenbuch, € 12.40
Das Leben ist eine komplizierte
Angelegenheit. Nicht so sehr für
Jorge Bucay, der als Psychotherapeut
das Schwierige erklären muss...

Gunter Groen, Dorothe Verbeek
**Wieder besser drauf!
Ein Ratgeber für junge
Menschen zum Umgang
mit Stimmungstiefs und
Depressionen**
2018, Balance Ratgeber,
160 Seiten, € 18,50

WWW.SOZIALAKADEMIE.AT



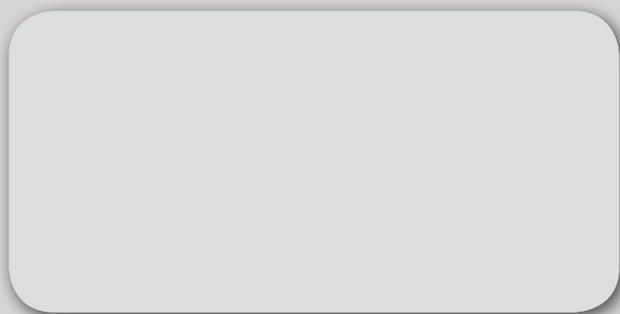
Bildung hilft!

Praxiswissen. Highlevel.

Bildung und Training
für Menschen in helfenden Berufen



AKADEMIE FÜR
GESUNDHEITS- UND
SOZIALBERUFE



BUNDESTAGUNG 12.-13. 11. 2018

STEIERMARK // SCHLOSS SEGGAU

SOZIALE
ARBEIT

MACHT.
MUT.

MENSCHENRECHTE LEBEN!